ROTE ANNELIESE

Nr. 179 / Oktober 2003 Fr. 6.–

Expo-Restaurant: Streit um Defizit

Gsponer: «Mich trifft keine Schuld!»

Seite 4

Schulpräsident Elmar Diezig:

Nette Manieren

Seite 13

Walliser ☆☆ Bote

Frontal gegen Pöstler

Seite 8

Familienpartei CVP Naters:

Geiz-hälse!

Seite 6

30 Jahre Rote Anneliese:
Frank Garbely und Stefan Niklaus

Seiten 14 und 15

Mit Wahlzeitung der SPO

Cina und Gsponer: Widersprüche!

Jean-Michel Cina und Thomas Gsponer, die Spitzenkandidaten der CVPO und CSPO, wollen den Staat aushungern. Sie wollen die Steuern für Reiche senken und dem Kanton Wallis Millionen entziehen. Sie predigen die Freiheit des Wirtschaftens, die Freiheit sich zu bereichern, ohne dass der Staat sich gross einmischt. Aber sie predigen Wasser und trinken Wein.

*

Cina ist Nationalrat und Gemeindepräsident und damit Lohnempfänger der öffentlichen Hand. Seine marktwirtschaftlichen Verwaltungsratsmandate, insbesondere auf der Steuerfluchtinsel Cayman Island, hat er auf Druck der RA fluchtartig abgestossen. Nicht ohne zu beteuern: Steuerflucht dieser Art sei rechtlich und ethisch in Ordnung.

*

Gsponer ist Direktor der Walliser Handelskammer, welche vom Staat Millionen bezieht und dafür Aufträge ausführt. Zum Beispiel die Gesellschaft zur Förderung der Autobahnrestaurants: 800 000 Franken, die Mission in Milano: 300 000 Franken, die Informationsstelle Wallis: 60 000 Franken und für das Expo-Restaurant weitere 300 000 Franken.

*

Das Defizit des Expo-Restaurant beträgt 830 000 Franken, obwohl die Wirtschafts-Profis im Umkreis der Handelskammer aktiv waren und obwohl der Kanton 300 000 Franken einschoss. Man könnte doch annehmen, dass Leute, welche das Sparen und Wirtschaften jahraus jahrein predigen, ein simples Restaurant anständig führen können. Aber weit gefehlt! (Seite 5)

*

Langfristig sägen Gsponer und Cina am eigenen Ast. Ihre politischen Mandate verdankten und verdanken sie der unanständigen C-Mehrheit im Wallis. Und diese C-Mehrheit hat einen Grund: Die kantonale GmbH der KantonsgeldverteilerInnen und -empfängerInnen! Und wenn der Rubel nicht mehr rollt, dann kommt auch die C-Wahlmaschine ins Stocken.

Kurt Marti

Inhalt

Grandi gegen Bayard ▶ Seite 3

Expo-Pleite: Streit um Defizit ▶ Seite 4

Kinderkrippe: CVP-Geizhälse ▶ Seite 6

Naters: FC-Sturm ▶ Seite 6

Mengis: Gegen Pöstler ▶ Seite 8

Couchepin: Kein Geld ▶ Seite 10

Rufbusse: Keine Postautos ▶ Seite 11

Hebamme: Kritik an Feller ▶ Seite 11

Baugesetz: Ewige Baustelle ▶ Seite 12

Saas Grund: «Holzschuppen» ▶ Seite 12

Elmar Diezig: «Kartoffelsäcke» ▶ Seite 13

Frank Garbely: Zur RA-Zukunft ▶ Seite 14

Stefan Niklaus: RA-Erinnerungen ▶ Seite 15

Pablo Neruda: Poesie und Politik ▶ Seite 16

Wohin frau/man geht ▶ Seite 18

Zi-Täter: Starker Tobak! ▶ Seite 19

25 Jahre PZO: Aus- und Eingeladene ▶ Seite 20

Impressum

Rote Anneliese
Auflage: 3000
Jugendabo: Fr. 20.–
Jahresabo: Fr. 40.–
Unterstützungsabo: 70.–
PC 19-8382-6

Redaktor
Kurt Marti

Freie MitarbeiterInnen
Hilar Eggel
Frank Garbely
Stefan Niklaus
Cyrill Pinto
Renata Werlen
Patrick Zehner

Sekretariat
Ursula Schild

Satz und Druck
s+z Gut zum Druck
Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

Dicke Eier

C-Parteisekretär Eduard Brogli?

Als der freiberufliche Anwalt und Gemeinderat Eduard Brogli zum Stadtschreiber avancierte, munkelten böse Zungen: Endlich eine sichere Anstellung und die freche Schreibfeder in die Schublade! Den gutbezahlten Job mochten ihm alle von ganzem Herzen gönnen. Umso mehr er sich von seinem Verwaltungsratsmandat im «Crazy» trennen musste. Doch nun gerät Brogli wieder ins Fahrwasser der Politik und ballert in der Welt herum, als wäre er C-Parteisekretär von Brig-Glis und nicht Teil der Verwaltung. In seiner Stellungnahme zum Regionalen Leitbild hängt er der SP Brig alle Schlötterlinge an: Sie folge ihrer *«alten Doktrin»*, mache alles *«madig»* und trumpfe mit *«eigenen genialen Vorschlägen»* auf, welche *«sofern brauchbar»* ins Leitbild einfliessen würden. Somit dürfte Brogli der teuerste Pressesprecher sämtlicher Brig-Gliser Ortsparteien sein und erst noch auf Kosten der SteuerzahlerInnen.

Siedelhorn weg: Furger traurig

Jetzt kann die Vereinigung «Inns Obergoms» anstossen. Der Traum vom Skigebiet Sidelhorn ist endgültig beerdigt. Wie der Pressesprecher des Bundesamtes für Verkehr (BAV) gegenüber der RA erklärt, liegt kein Gesuch mehr vor und das Projekt ist *«weg vom Tisch.»* In den letzten 20 Jahren hat das Promotor-Fieber immer wieder gelodert. Noch in diesem Frühjahr hat Seilbahn-Sanierer Peter Furger im Goms das Siedelhorn-Projekt einmal mehr verteidigt. Und vor drei Jahren hat der damalige FO-Direktor Rolf Escher und die Anliegergemeinden mehrere 10 000 Franken für Planungsarbeiten in den Grimselwind geworfen. Jetzt wird gerätselt: Wo geht es weiter? Am Blashorn? Am Galmihorn? Am Brudelhorn?

Siedelhorn weg: Schnyder froh

Im Goms pfeifen es die Spatzen von den Dächern: Das Ende des Skitraums am Siedelhorn stimmt nicht alle Menschen traurig. Besonders jene, welche es mit Gemeinde- und Kantonsfinanzen zu tun haben, sind zufrieden, dass es so gekommen ist. Darunter soll sich auch der Walliser Finanzminister Wilhelm Schnyder eingereit haben. So munkelt man im Goms, dass er gegenüber seinem gelben Parteifreund und Obergestler Gemeindepräsident Hans Hallenbarter gesagt haben soll, die Gommer Gemeinden könnten dem Herrgott danken, dass das Siedelhorn-Projekt nicht gebaut wurde. Sonst hätte es im Goms bald einen Sanierungsfall mehr gegeben.

Betreibungsamt Brig:
■ Zahlungsbefehl ins Amtsblatt gesetzt
■ Doch die Rechnung war längst bezahlt

Grandi fordert Bayard heraus

Betreibungsbeamter Bayard: *Keine Mitteilung aus Sitten...*

Steuerbeamter Williner: *Nicht Pflicht des Gläubigers...*

BRIG/ZALAAPATI – **Der Briger Betreibungsbeamte Paul-Bernhard Bayard setzte einen Zahlungsbefehl ins Amtsblatt, obwohl die entsprechende Steuerschuld seit einem halben Jahr bezahlt war. Das betroffene Ehepaar fühlt sich in seiner Ehre verletzt und spricht von einem «hinterlistigen Racheakt». Bayard weist die Vorwürfe in «aller Form zurück» und das kantonale Steueramt wäscht seine Hände in Unschuld.**

VON KURT MARTI

Am Nachmittag des 11. Juli 2003 klingelt bei Marie-Therese Grandi-Holzer ununterbrochen das Telefon. Freunde und Bekannte wollen wissen, warum gegen sie im Walliser Amtsblatt ein Zahlungsbefehl über eine Summe von rund 17 000 Franken veröffentlicht wurde. Frau Grandi-Holzer, welche mit ihrem Mann Dr. Hugo Grandi seit zwei Jahren in Ungarn lebt, kann nur beteuern: *«Ich habe die Rechnung bereits im Januar 2003 bezahlt.»* In einem Fax an den Betreibungsbeamten Paul-Bernhard Bayard hält das Ehepaar fest: *«Dieses wiederrechtliche und rachsüchtige Vorgehen wird für Sie noch zivilrechtliche Folgen haben.»*

«Rechtliches Gehör verweigert»

Begonnen hat die Geschichte im Jahre 1993. Marie-Therese Grandi-Holzer hat einen schweren Unfall und bekommt im Jahre 2001 eine Rente zugesprochen. Für diese Rente ist sie steuerpflichtig, und zwar rückwirkend für die Jahre 1995 bis 2002. Der gesamte Betrag der diesbezüglichen Gemeinde-, Kantons- und Bundessteuern beläuft sich auf rund 17 000 Franken. Im Jahre 2000 heiratet sie ihren jetzigen Ehemann Hugo Grandi, welcher ab diesem Datum für die Rente steuerpflichtig ist. Trotzdem stellte der Fiskus den gesamten Steuerbetrag von 17 000 Franken in Rechnung, was für die Jahre 2001 und 2002 einer Doppelbesteuerung gleichkommt. Laut Frau Grandi wurde *«auf meine Einsprachen willkürlich nicht eingegangen und somit das rechtliche Gehör fortlaufend verweigert.»* In der Folge wird Frau Grandi für die Kantons-, Gemeinde- und Bundessteuern betrieben. Am 15. Januar 2003 fordert die kantonale Steuerverwaltung immer noch den vollen Betrag. Am 28. Januar bezahlt Frau Grandi den Betrag von rund 14 500 Franken, also die Steuerschulden, welche sie betreffen. Die Belastungsanzeige der UBS ist auf den 4. Februar 2003 datiert. Frau Grandi hält grundsätzlich fest, dass sie die ordentlichen Steuern immer bezahlt und sich am 15. Dezember 2001 bei der Gemeinde Brig-Glis offiziell abgemeldet habe.

«Angriff auf Leumund bewusst in Kauf genommen»

Am 11. Juli 2003 kommt dann die faustdicke Überraschung: Der Zahlungsbefehl steht im Amtsblatt, unterzeichnet von Paul-Bernhard Bayard. Gegen diesen Affront hat das Ehepaar Grandi bei Bayard interveniert. Grandis Anwalt argumentiert, dass die Veröffentlichung des Zahlungsbefehles nur dann zulässig ist, *«wenn der Wohnort eines Schuldners unbekannt ist, sich dieser beharrlich der Zustellung entzieht oder eine Zustellung im Ausland innert angemessener Frist nicht möglich ist.»* Pikanterweise hat Bayard im Zahlungsbefehl die haargenaue Adresse des Ehepaars Grandi genannt und liefert damit gleich selbst den Beweis, dass er Kenntnis vom Wohnort hatte. Gemäss Schreiben von Grandis Anwalt hat Bayard mit der Publikation *«einen Angriff auf den guten Leumund der Schuldnerin bewusst in Kauf genommen, was umso schwerer wiegt, als die Steuerforderung bereits seit Monaten beglichen war.»* Aus Sicht des Ehepaars Grandi handelt es sich beim Verhalten Bayards um *«einen hinterlistigen Racheakt»*, begründet in früheren Differenzen zwischen Dr. Grandi und dem Briger Betreibungsbeamten.

Zahlungsbefehle
für die ordentliche Betreibung auf Pfändung und Arresturkunde

● BEZIRK BRIG

Betreibung Nr.: 69992 / Arrest Nr. 3/2003
Schuldner: GRANDI-Holzer Marie-Therese, Jokai 130, H-8741 Zalaapati/Ungarn.
Gläubiger: Gemeindeverwaltung Brig-Glis, v.d. Staat Wallis, Kantonale Steuerverwaltung, 1950 Sitten.
Vertreter: Staat Wallis, Inkassoamt für Betreibungs- und Konkursverfahren, IBK, Postfach 1951 Sitten.
Forderung: Fr. 10 145.75 nebst Zins zu 5% seit 15.01.2003, Fr. 50.00 Mahnungsspesen sowie Betreibungskosten und Spesen.
Grund der Forderung: Gemeindesteuern 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001 und 2002.
Prosequierung des Arrestes Nr. 3/2003 vom 29. Januar 2003.
Betreibung Nr.: 69993 / Arrest Nr. 4/2003
Schuldner: GRANDI-Holzer Marie-Therese, Jokai 130, H-8741 Zalaapati/Ungarn.
Gläubiger: Staat Wallis, Kantonale Steuerverwaltung, 1950 Sitten.
Vertreter: Staat Wallis, Inkassoamt für Betreibungs- und Konkursverfahren, IBK, Postfach 1951 Sitten.
[illegible]

Zustellungsbescheinigung: Die Zustellung der Zahlungsbefehle sowie der Arresturkunden an die Schuldnerin erfolgt heute Freitag, 11. Juli 2003 durch Veröffentlichung im Amtsblatt des Kantons Wallis Nr. 28 sowie im Schweizerischen Handelsamtsblatt Nr. 131.

Betreibungsamt Bezirk Brig
Brig, 11. Juli 2003 — Der Vorsteher: **Paul-Bernhard Bayard**

Grandis Adresse: *Bayard kannte sie offensichtlich.*

Grandi fordert angemessene Genugtuung

Das Ehepaar Grandi fordert in einem Brief von Anfang September vom Betreibungsbeamten Bayard eine öffentliche Richtigstellung, eine angemessene Genugtung und eine Entschuldigung. In seinem Antwortschreiben denkt Bayard aber nicht daran: Er weist die Vorwürfe *«in aller Form zurück.»* Er habe bis im Juli weder die Zahlung der Schuldnerin noch eine Mitteilung des Staates Wallis erhalten. Pikanterweise ist Leander Williner von der kantonalen Steuerverwaltung der Meinung, dass *«es nicht die Pflicht des Gläubigers ist, dem Betreibungsamt mögliche Teilzahlungen zu melden.»* Die RA bleibt dran.

Conti Neri: Untersuchungen abgeschlossen

Die Strafuntersuchungen des kantonalen Untersuchungsrichteramtes gegen die Verantwortlichen der Affäre «Conti Neri» der Gertschen Möbel AG ist laut Auskunft von Untersuchungsrichter Jean-Pierre Greter abgeschlossen. Jetzt wird das Beweisergänzungsverfahren eingeleitet. Bekanntlich läuft das Strafverfahren, welches durch RA-Recherchen in Gang gesetzt wurde, auch gegen den Vorsteher des Briger Betreibungsamtes Paul-Bernhard Bayard.

Kontroverse um Expo-Restaurant:

- 300 000 Franken aus der Kantonskasse
- Trotzdem ein Defizit von 830 000 Franken
- Subventionen liefen über Handelskammer

So verpulvern die neoliberalen Spar-Apostel unsere Steuergelder!

SITTEN – **Der Kanton Wallis hat das Expo-Restaurant mit 300 000 Franken subventioniert. Trotzdem fuhren die verantwortlichen Wirtschaftsprofis im Umfeld der Walliser Handelskammer einen Totalverlust von 830 000 Franken ein. Die Kantonssubventionen liefen über die Informationsstelle Wallis. Deren Sekretär ist niemand anders als Thomas Gsponer, seines Zeichens Direktor der Walliser Handelskammer.**

VON KURT MARTI

Im April 2001 wird Werner Schnyder, Chef des kantonalen Büros für Tourismus, von den Organisatoren der Expo.02 angefragt, ob der Kanton Wallis ein Restaurant auf der Arteplage in Biel betreiben wolle. Die Informationsstelle Wallis (InfoVS) zeigt Interesse an dieser Idee und fragt den Staatsrat am 9. Mai 2001 für einen Beitrag in der Höhe von 300 000 Franken an. InfoVS-Präsident ist zu diesem Zeitpunkt Pierre Moren, der frühere Präsident der Walliser Industrie - und Handelskammer (WIHK). Als InfoVS-Sekretär amtet WIHK-Direktor Thomas Gsponer (siehe Organigramm). InfoVS hat seinen Geschäftssitz bei der Handelskammer in Sitten und erhält eine jährlichen Grundbeitrag aus der Kantonskasse von 60 000 Franken.

300 000 Franken aus der Staatskasse

Am 4. Juli 2001 beschliesst der Staatsrat einen Beitrag von 300 000 Franken und überweist den Betrag aufs InfoVS-Konto bei der Walliser Kantonalbank. Der staatsrätliche Beschluss hält klar fest, dass InfoVS nach der Expo eine detaillierte Abrechnung vorlegen muss und allenfalls nicht verwendete Subventionsgelder zurückgeben muss. Am 10. August 2001 gründetet InfoVS zusammen mit dem Walliser Milchverband (WMV) und der Walliser Landwirtschaftskammer (LWK) den Verein «RestoWallisExpo.02». Ein dreiköpfiges Komitee unter dem Präsidium von Pierre Moren übernimmt die operationellen Aufgaben, im Aufsichtsorgan nehmen Werner Schnyder und LWK-Direktor Guy Bianco, Einsitz. Letzterer sitzt gleichzeitig im Vorstand von InfoVS und der Handelskammer.

Eine Notfallübung jagt die andere

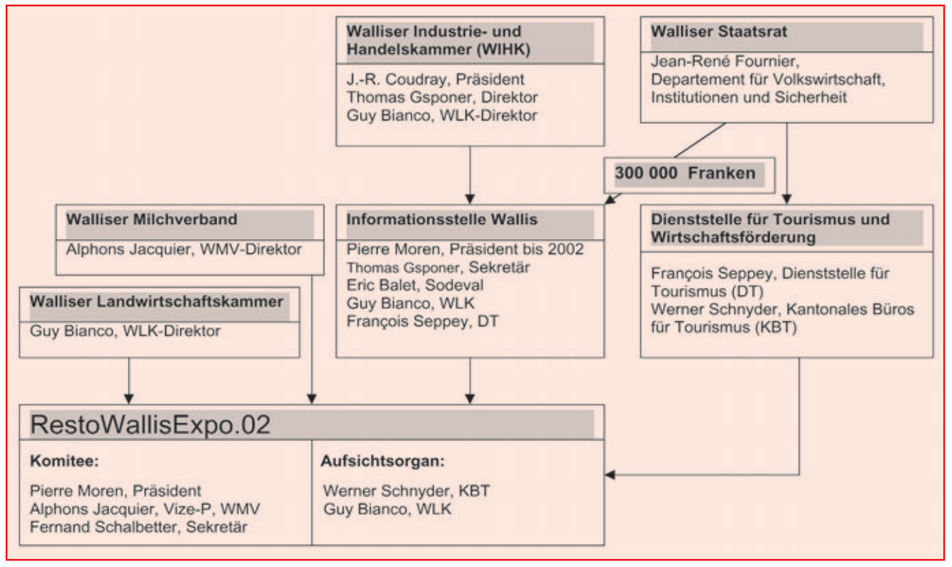
Gemäss Statuten von RestoWallisExpo.02 übernimmt InfoVS die Administration, die Korrespondenz sowie die Erstellung der Abrechnungen und die Jahresrechnung. Bis Mitte Juni 2002, also für den ersten Expo-Monat laufen sämtliche Zahlungen über InfoVS. In einer ersten Notfallübung übernimmt Mitte Juni 2002 das Treuhandbüro Gastroconsult SA das gesamte Zahlungswesen. Die erste Hiobsbotschaft folgt am 30. Juni 2002: Die Zwischenabrechnung bringt für die ersten anderthalb Expo-Monate einen Verlust von 250 000 Franken an den Tag. Der zweite Schlag erfolgt am 31. Juli: Die Verluste sind auf 348 000 Franken angewachsen. Erst am 13. August beschliesst das Komitee Massnahmen zur Senkung der Betriebskosten.

Harte Kritik des Finanzinspektorats

Die getroffnenen Massnahmen bezeichnet das Finanzinspektorat in seinem Bericht vom 18. August 2003 als *«ungenügend»*. Das Finanzinspektorat kommt zum Schluss, dass das Komitee seine Pflichten nicht angemessen wahrgenommen hat. Dieses Fehlverhalten habe es *«nicht erlaubt, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel die Senkung der Ausgaben und die Erhöhung der Tarife.»* Harte Kritik muss auch Werner Schnyder einstecken. Er hätte gemäss Finanzinspektorat schon Mitte August 2002 den zuständigen Staatsrat Jean-René Fournier informieren sollen. Stattdessen behauptete Fournier in der darauffolgenden Novembersession, das Restaurant werde ohne Verluste abschliessen. Schon zu diesem Zeitpunkt stellte er einen Bericht des Finanzinspektorates (FI) in Aussicht. Zudem bemängelt das Finanzinspektorat die Rolle von Werner Schnyder, welcher gleichzeitig Aufsichts- und Ausführungsarbeiten übernahm. Das FI fordert InfoVS auf, die Lehren aus diesem *«finanziellen Flop»* zu ziehen und mit den beiden Partnern, dem Milchverband und der Landwirtschaftskammer das Defizit unter sich aufzuteilen.

Merkwürdige Unterlassungen

Neben der minutiösen Detailarbeit fallen im Bericht seltsame Unterlassungen auf, was die Mitverantwortung von WIHK-Direktor Thomas Gsponer und WIHK-Vorstand Guy Bianco betrifft. Prominent steht zwar auf der ersten Seite des Berichtes, dass Gsponer selbst eine Untersuchung gewünscht habe. Dass Staatsrat Fournier einen solchen Bericht schon in der November-Session versprochen hat, davon steht im Bericht nichts. Und obwohl im Bericht laufend von InfoVS die Rede ist, sucht man vergeblich nach einer Einschätzung einer aufsichtsrechtlichen Mitverantwortung von InfoVS-Sekretär Gsponer. Auch über eine Mitverantwortung von Bianco, welcher zusammen mit Schnyder für die Aufsicht verantwortlich war, schweigt sich der Bericht aus. Wer den Bericht liest, kommt unweigerlich zum Schluss: **Hier wird die Verantwortung mit voller Wucht auf den RestoWallis-Präsident Pierre Moren abgewälzt, welcher im Frühjahr 2003 gestorben ist.** Sehr merkwürdig ist ebenfalls, dass der «Walliser Bote» in einem Artikel so tut, als ob er im Besitz des FI-Berichtes wäre und die Verantwortung dem Kanton anhängen will, obwohl im Bericht das pure Gegenteil steht.



«Auch Thomas Gsponer trägt Mitverantwortung»

Thomas Gsponer: *Ferme ta gueule...*

Thomas Gsponer: «Ich werde durch den Bericht des Finanzinspektorates nicht belastet. Mich trifft in dieser Angelegenheit auch keine Schuld. Das Komitee hat mich über das Defizit nie informiert. Als ich mich einmischen wollte, hat man mir gesagt: **Ferme ta gueule! (Halt den Mund!) Ich wurde sogar angelogen. Das ist himmeltraurig.** Dann habe ich geschwiegen und mich auf die Organisation des Kantonaltages konzentriert. Als ich vom Defizit erfuhr, ging ich die Wände hoch. Die Verantwortung für das Defizit trägt das Komitee und der Kantonsvertreter im Aufsichtsorgan.»

Werner Schnyder: «Ich teile diese Ansicht von Thomas Gsponer nicht. **Alle in der Informationsstelle Wallis tragen Mitverantwortung. Auch Thomas Gsponer.** Dass man ihm befohlen hat, den Mund zu halten, ist eine faule Ausrede. Das passiert mir immer wieder. Da muss man sich eben trotzdem einmischen und durchsetzen. Ich habe zu Thomas Gsponer gesagt: **Man kann einem Toten (Pierre Moren) nicht alles in die Schuhe schieben. Das kannst Du nicht machen, nur weil Wahlen sind und die Nervosität steigt.»**

Thomas Gsponer: «Was Werner Schnyder sagt, ist doch hanebüchend. Wenn ich für das Defizit verantwortlich sein soll, dann wäre ja auch Staatsrat Fournier dafür verantwortlich. Man muss sich schon fragen: Wo fängt die Verantwortung an und wo hört sie auf. **Ich lasse mich nicht an einem Dossier aufhängen, für das ich nicht verantwortlich bin.»**

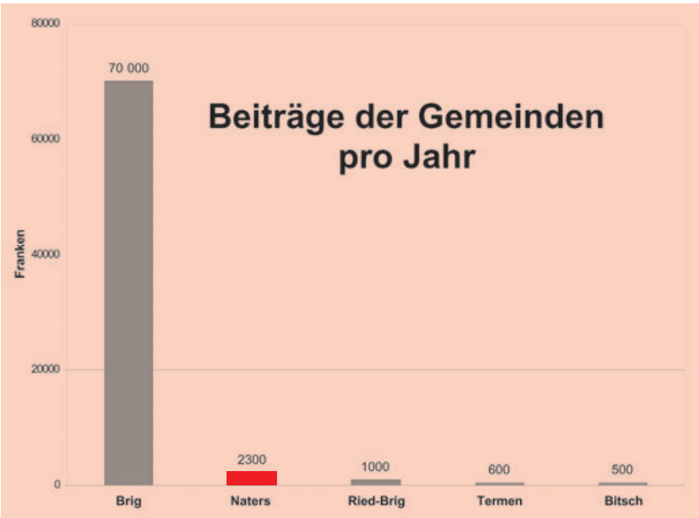
Das sind die gröbsten Böcke

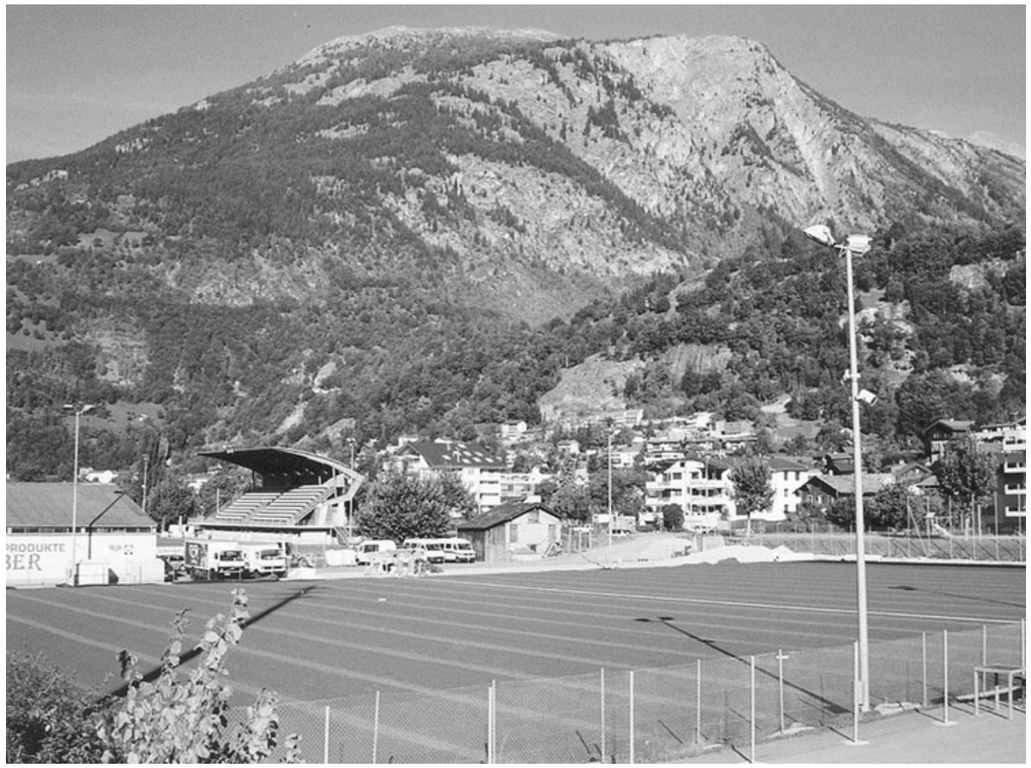
1. **Gesetz missachtet:** Der Kanton hat 300 000 Franken ans Expo-Restaurant bezahlt, davon 200 000 Franken für Investitionen. Weil diese Summe mehr als 50 Prozent der gesamten Investitionen beträgt, ist laut Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen eine Bewilligung des Staatsrates notwendig. Diese existiert nicht.
2. **Nicht ausgeschrieben:** Laut Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen ist für Einkäufe über 25 000 Franken eine Ausschreibung im Einladungsverfahren notwendig. Die vorgeschriebene Ausschreibung fehlt bei folgenden Einkäufen: 110 Tische im Wert von 78 671 Franken (Lieferant: Rotzer Erwin, Gampel); 200 Stühle im Wert von 26 900 Franken (Moobel GmbH, Trimbach); 370 Stühle im Wert von 49 765 Franken (Bureau Concept Amacker, Sierre).
3. **Dreifache Rechung:** Die Rechnung der Bieler Firma für Bodenbeläge in der Höhe von 14 704 Franken wurde gleich drei Mal bezahlt! Nachträglich wurde ein Betrag zurückbezahlt, so dass noch eine Rückzahlung fällig ist.
4. **Rechnungen nicht bezahlt:** Drei Private haben aus dem Inventar des Restaurants Material bezogen und die Rechnung von rund 3 700 Franken nicht bezahlt. Pikanterweise hat Karl Salzgeber, der Chef der Dienststelle für Kultur, einen Tisch und sechs Stühle bezogen und laut Bericht des Finanzinspektorates vom 18. August 2003 die Rechnung von 1200 Franken nicht bezahlt.
5. **Zu hohe Weinrechnung:** Die Preise für die Weineinkäufe wurden zum voraus festgelegt. Aber die sechs Lieferanten hielten sich nicht an die Abmachungen und verrechneten total 18 000 Franken zu viel: Provins 11 275 Franken, Caves Orsat 2899 Franken, Rouvinez Vins 1999 Franken, Robert Gilliard 1540 Franken, O. Chanton 180 Franken, Imesch Vins 135 Franken.
6. **Bezahlte Mietwohnungen leer:** Während der Expo wurden für das Personal Wohnungen gemietet. Dafür schloss der Gerant einen Vertrag mit den Vermietern ab. Weil die Wohnungen zum Teil leer standen resultierte daraus für RestoWallisExpo.02 ein Verlust von 18 040 Franken.

Ringelreija: Auf die lange Bank geschoben
Fussballplatz: Hauruck ohne Baubewilligung!

Familienpolitik der CVP Naters: HIMMELTRAURIG!

NATERS – **Die C-Gemeinderäte von Naters haben in einem Hauruck-Verfahren rund 800 000 Franken für den neuen Fussballplatz gesprochen. Der Betrag war weder budgetiert, noch gab es ein Baubewilligungsverfahren. Im Sommer wurde gebaut und viel Staub aufgewirbelt. Der erste Nachtragskredit von 30 000 Franken steht bereits ins Haus. Anders bei der Kinderkrippe Ringelreija: Die FamilienpolitikerInnen der CVP Naters stehen auf die Bremse.**





Trainingsplatz Stapfen: *Normalerweise braucht man eine Baubewilligung…*

VON KURT MARTI

Fast 100 Kinder aus Naters besuchen im Monat die Kinderkrippe Ringelreija in Brig-Glis. Der jährliche Beitrag der Gemeinde Naters liegt bisher bei mickrigen 2300 Franken. Brig-Glis schickt 180 Kinder in die Kinderkrippe und bezahlte im letzten Jahr 70 000 Franken. Auf Grund der hohen Nachfrage und der hohen Kinderzahl aus Naters muss nun die Kinderkrippe räumlich erweitert werden. Deshalb beantragte der Ringelreija-Vorstand der Gemeinde Naters, den Beitrag auf 10 000 Franken zu erhöhen.

Januar 2003: CVP Naters gegen Ringelreija-Antrag

Das war Ende letzten Jahres. An seiner Januar-Sitzung behandelte der Natischer Gemeinderat den Antrag, welchen der SP-Gemeinderat und Ringelreija-Vorstand Hans-Josef Jossen unterstützte. CVP-Gemeindepräsidentin Edith Nanzer hatte dafür aber wenig Musikgehör und argumentierte, die Zahl der Natischer Krippenkinder sei im Jahr 2002 leicht gesunken und deshalb sei sie gegen eine Erhöhung auf 10 000 Franken. Zuerst solle der Verein Statistiken und Zahlen bringen. Bis dann solle der Beitrag im Verhältnis der Kinderzahlen bloss auf 4000 Franken aufgestockt werden. Der CVP-dominierte Rat folgte der Präsidentin. Das Begehren der Ringelreija wurde abgeschmettert.

Juli 2003: CVP legt sich weiter quer

Am 26. Juni fand eine ausserordentliche Vorstandssitzung des Vereins Ringelreija statt. Auf Grund der Verweigerung des Natischer Gemeinderates beschloss der Verein, dass wegen der knappen Krippenplätze zuerst die Kinder mit Wohnsitz in Brig-Glis berücksichtigt werden. Sobald die Plätze belegt sind, müssten die Kinder aus Naters leider abgewiesen werden. Der Ringelreija-Vorstand, welcher ehrenamtlich arbeitet, verlangt von den Gemeinderäten von Brig-Glis und Naters bis am 10. Juli ein Stellungnahme. Am 7. Juli findet die Sitzung des Natischer Gemeinderates statt. Doch die CVP-Gemeinderäte und CSP-Sozialchef Remo Salzmann wollen zuerst weitere Statistiken und erst dann Stellung nehmen. Am 6. August und am 1. September liefert die Ringelreija ausführliche Zahlen und Jahresberichte an Nanzer. Bis Ende September lag trotz der Dringlichkeit noch kein Entscheid vor.

Dezember 2002: FC-Spitze klopft auf den Tisch

Ein anderes Tempo schlug der CVP-dominierte (vier von sieben) Gemeinderat im Fall des Fussballplatzes Stapfen Ost ein. Im Dezember 2002 klopfen vier Verantwortliche des FC Naters beim Gemeinderat auf den Tisch: Der FC-Präsident Hans Ritz, der Vizepräsident und zwei Juniorentrainer. Sie drohen dem Gemeinderat, den Bettel hinzuschmeissen, wenn dieser nicht sofort einen Kredit für den neuen Kunstrasen für den Trainingsplatz spricht. Bereits im Januar steht das Thema zuoberst auf der Traktandenliste und sofort wird eine Kommission eingesetzt: Sportchef Reinhard Jossen, Sozialchef Remo Salzmann sowie zwei Vertreter des FC und des Turnvereins sind darin vertreten. Dann geht es Ruckzuck. Im Frühjahr wird der Kredit von 800 000 Franken gesprochen. Budgetiert war er nicht, das Bewilligungsverfahren spart man sich ebenfalls. Im Juli wird gebaggert und im September der Rasen verlegt.

Edith Nanzer: *FC-Präsident Hans Ritz klopfte auf den Tisch und sie spurte …*

Juli 2003: Viel Staub aufgewirbelt

Anfang Juli wird auf dem Trainingsplatz schätzungsweise 1000 Kubikmeter Landmaterial ausgebaggert und mit Camions auf die danebenliegende Wiese aufgeschüttet. Weil die Baufirma keine Berieselungsanlage einsetzte, bildete sich eine riesige Staubwolke und belegte die benachbarten Häuser mit einer dicken Dreckschicht. Die AnwohnerInnen sind empört. Laut Gemeinderat Reinhard Jossen haben sich diese lautstark bei der Gemeinde beschwert und mit Schadenersatz gedroht. Eine Interessengemeinschaft «östliche Furkastrasse/Saasermauer» verlangte mit rund 50 Unterschriften sofortige Abhilfe. Im Auftrag von AnwohnerInnen nahm ein Anwalt Kontakt mit FC-Präsident Ritz auf. Dieser versprach Abhilfe. Aber es brauchte laut Auskunft des Anwaltes noch einen eingeschriebenen Brief, bis einige Tage später die Berieselungsanlage funktionierte und der Staub sich legte.

September 2003: Nachtragskredit von 30 000 Franken

Das Bauprojekt ging ohne Baubewilligungsverfahren über die Bühne, wie Geindepräsidentin Nanzer bestätigt. Sie ist der Ansicht, dass es für den Umbau und die Terrainverschiebungen kein öffentliches Baugesuch braucht, weil es sich um eine Sanierung eines bereits bestehenden Sportplatzes geht. *«Wir haben das juristisch abklären lassen,»* erklärt Sportchef Jossen. Etwas anders tönt es beim Bauamt: Normalerweise sei für solche Terrainverschiebungen eine Baubewilligung notwendig. Doch man sei von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Die FC-Verantwortlichen hätten gesagt, dass nur sehr wenig Material verschoben werde. In Tat und Wahrheit sei es dann viel mehr gewesen. Zudem hätte man ein allfälliges Baugesuch nach Sitten schicken müssen, weil die Gemeinde Bauherrin sei. Offenbar hat der FC-Sturm dies nicht mehr zugelassen. Als Folge dieser Hauruck-Übung ist nun laut Nanzer bereits von *«einem Nachtragskredit von 30 000 Franken»* die Rede. Während Nanzer diese verunglückte Schnellübung als positives Beispiel für rasches Handeln bezeichnet, hört man vom Bauamt von einer *«Überrumpelung»* des Gemeinderates durch die FC-Verantwortlichen

Unverständliche Arroganz

Der Vorstand der Kinderkrippe Ringelreija arbeitet ehrenamtlich. Er übernimmt eine Aufgabe, welche zum Pflichtenheft der beiden Sozialchefs von Brig-Glis und Naters, CSP-Mann Remo Salzmann und CVP-Mann Christian Stoffel, gehören würde. Während Brig-Glis sich in finanzieller Hinsicht mit 70 000 Franken pro Jahr erkenntlich zeigt, haben die FamilienpolitikerInnen der CVP und CSP Naters die Frechheit und Arroganz, die Arbeit der Kinderkrippe zu behindern. Lumpige 2 500 Franken liefern sie ab, wohl wissend, dass ein eigenes Angebot in Naters über 50 000 Franken pro Jahr kosten würde. Statt diesen Betrag gemäss den Kinderzahlen aus eigenem Antrieb zu erhöhen, belästigt Nanzer den ehrenamtlichen Vorstand seit einem halben Jahr mit Statistikforderungen.

■ WB baut eigenen Vertrieb auf ■ Jede fünfte Pöstlerstelle gefährdet ■ GBI ruft zum WB-Boykott

Frontalangriff auf Service Public

VISP/BRIG – **Das CVP- Publikationsorgan «Walliser Bote» will ab diesem Herbst eine eigene Verteilorganisation aufbauen und entreisst der Post einer ihrer grössten Aufträge im Oberwallis. Erst als die RA nachgebohrt hatte, liess Mengis die Katze aus dem Sack. Jetzt ist jede fünfte Pöstlerstelle gefährdet. Die GBI ruft zum WB-Boykott.**

VON CYRILL PINTO

Ein Telefonanruf der *Roten Anneliese* bei der Post in Brig brachte die ganze Sache ins Rollen. **Donnerstag, 18. September:** Die RA fragt bei Edelbert Pfammatter, dem Leiter des Briefzentrums Brig nach, wie die Verhandlungen über die Frühzustellung des «Walliser Boten» laufen. Pfammatter wimmelt die RA jedoch ab. Man versucht, den WB-Vertriebsleiter Jörg Salzmann zu erreichen. **Freitag, 19. September:** In einer Mitteilung im WB teilte der Mengis-Verlag seinen LeserInnen mit, künftig den Vertrieb der Monopol-Tageszeitung im Oberwalliser Talgrund selbst zu übernehmen. Die Bombe war geplatzt und monatelange Spekulationen über das Vorhaben des WB, seine Zeitung selbst zu den LeserInnen zu bringen, wurden bestätigt.

Ganz im Dienste seiner LeserInnen...

Der Mengis-Verlag und der WB geben vor, ganz im Dienste ihrer LeserInnen zu stehen. Dass zu den LesernInnen etliche bei der Post Beschäftigte gehören, davon sieht man erst mal ab. Dazu Nicolas Mengis, der Geschäftsführer des Mengis-Verlags und WB-Herausgeber: *«Wir wollen unseren Lesern einen besseren Service bieten und sicherstellen, dass der WB schon morgens früh bei den Leuten ist.»* Die eigene Verteil-Organisation werde sukzessive aufgebaut. Dafür suche der WB 30 bis 50 Personen, welche bereit sind, früh morgens für zwei Stunden Teilzeit zu arbeiten. Zum Vorwurf, der WB könne sich nur eine eigene Verteil-Struktur mit unterbezahlten Hilfskräften leisten, erklärt Mengis: *«Der WB wird sicher mehr bezahlen als die herumgebotenen 17 Franken pro Stunde.»*

Auch Chefredaktor Pius Rieder verteidigt die Mengis-Strategie: *«Dass Leute ihren WB am Flughafen Zürich schon um neun Uhr lesen können und in Brig viele ihren WB erst um elf Uhr im Briefkasten haben, konnten wir nicht länger hinnehmen.»* Doch ganz wohl ist Rieder bei der Sache nicht und er redet sich heraus: *«Als Chef der Redaktion mische ich mich nicht in die Angelegenheiten des Verlags. Dass mit dem Aufbau einer eigenen Vertriebs-Struktur bei der Post Stellen verloren gehen, habe ich nicht wissen können.»*

Dass nicht nur der Dienst am Kunden beim Entscheid des Mengis-Verlags eine Rolle gespielt hat, zeigt folgendes Beispiel: Wenn ein Werbe-Kunde im WB eine Beilage beistecken will, bezahlt er dafür 8460 Franken. Von diesem Betrag geht aber nur rund die Hälfte an den WB. Die Post verrechnet 3920 Franken für das Einstecken und den Versand der Beilage. Mit der eigenen Verteil-Struktur kann der WB nun den gesamten Betrag einstecken. Bei rund 20 bis 30 Beilagen im Jahr ein Umsatzgewinn, der in die Hunderttausende geht.

Bereits Mitte Juni standen im WB zwei kleine Sätze, dass der Mengis-Verlag die Frühzustellung des WB prüfe. Besprochen wurde der Deal anlässlich der GV des Oberwalliser Pressvereins, der von CVP-Ständerat Rolf Escher präsidiert wird. Dann ging bei den PöstlerInnen im Oberwallis die Angst um, denn der WB gehört zu den grössten Auftraggebern der Post im Oberwallis. Die Zwei-P-PoststellenhalterInnen trafen sich zuletzt am 20. August um sich auszutauschen. Besorgt diskutierten sie die geplante Frühzustellung des «Walliser Boten».

Pöstler: Jede fünfte Stelle ist gefährdet

Dass die Poststellenleiter sich Sorgen um ihren Job machen, ist verständlich, denn in den kleinen Gemeinden hat der WB einen Anteil von 20 Prozent auf die zu verteilende Briefpost. Bei einer kleinen Poststelle, mit einer Vollzeitstelle und vier Teilzeit-Angestellten, würde somit eine Stelle wegfallen. Dies ist zum Beispiel in Baltschieder der Fall. Aufgerechnet auf alle Talgemeinden im Oberwallis ergibt dies laut Berechnungen von kontaktierten Pöstlern einen Einbruch, der jedem fünften Pöstler die Stelle kosten könnte.

Für die Post in Bern ist die ganze Geschichte ein Fiasko.

Vor der öffentlichen Stellungnahme der Verlagsleitung zur Frühzustellung des WB befanden sich die Verantwortlichen in Bern in Kontakt mit dem WB. In Bern zeigte man sich noch einen Tag vor der Stellungnahme des Mengis-Verlags zuversichtlich, eine befriedigende Lösung für beide Seiten zu finden. Vom einseitigen Verhandlungsabbruch des WB erfuhr die Post in Bern durch die RA-Recherchen. Nachdem die Zuständigen im WB vom 19. September die Stellungnahme des Vertriebsleiters Jörg Salzmann gelesen hatten, hiess es nur noch: *«Zu dieser Vorgehensweise des WB wollen wir keinen Kommentar abgeben.»*

WB betreibt Rosinen-Pickerei!

Das Oberwalliser CVP-Publikationsorgan führt seinen LesernInnen vor, wie man den Service Public untergräbt. Dazu Edelbert Pfammatter, Post-Chef in Brig: *«Was der WB da macht ist Rosinen-Pickerei. Der WB entreisst der Post den rentablen Teil des Geschäfts im Talgrund und überlässt uns die zeit- und personalaufwändigen Seitentäler. Doch uns sind die Hände gebunden.»* Nicht nur, dass der WB die lukrativen Gemeinden nun selbst beliefert, die Post ist verpflichtet den WB in den Seitentälern, mit den vom Bund bezahlten Subventionen zu verbilligten Tarifen zuzustellen. Über eins sind sich alle PöstlerInnen im Oberwallis einig: Was der WB da macht, führt zur Ausdünnung des Service Public. Die lukrativen Dienste selber übernehmen und vom Gesetzesauftrag des Bundes profitieren, so könne man die Post in ein paar Jahren zu Grabe tragen. Die Angestellten bei der Post, auch die Teilzeitangestellten, sind mit einem GAV geschützt. Zum einen könne sich der WB nun für eine in nächster Zukunft anstehende Briefpost-Privatisierung im Markt positionieren und sei an keinen Gesetzesauftrag gebunden. Zum anderen müsse die Post nun ihre Teilzeitangestellten entlassen, damit der WB Leute zu schlechteren Konditionen wieder anstelle, heisst es aus Post-Kreisen.

Gewerkschaften blasen zum Sturm

Die Gewerkschaften jedoch wollen diesen Frontalangriff des WBs auf den Service Public nicht auf sich sitzen lassen. *«Das gibt einen Leser-Boykott.»* Dies die erste Reaktion von GBI-Gewerkschaftssekretär German Eyer. Auch die christlichen Gewerkschaften reagierten prompt auf die Ankündigung des WBs. Schon am gleichen Tag wurde ihre Medienmitteilung von RRO gesendet. Auch hier der Vorwurf: *«Der WB betreibt Rosinen-Pickerei.»* Für den GBI-Sekretär Eyer ist vor allem stossend, dass ausgerechnet der WB, die Milchkuh des Mengis-Verlags, mit seinen zahlreichen AbonnentInnen im Oberwallis, den Gesamtarbeitsvertrag bei der Post mit einer eigenen Verteil-Struktur untergräbt.

... und Rolf Escher, Präsident des Oberwalliser Pressevereins, schaut zu!

Mit Rosinenpickerei Hunderttausende von Franken in die eigene Tasche.

PöstlerInnen: «Pfammatter fällt uns in den Rücken!

«Wir wurden vom Briefzentrum Brig nie über den Stand der Verhandlungen informiert und hatten bis zuletzt keine Ahnung. Deshalb machten wir uns Sorgen und fühlten uns von den Verantwortlichen in Brig im Stich gelassen,» erklärt Martin Gischig von der Poststelle in Baltschieder.

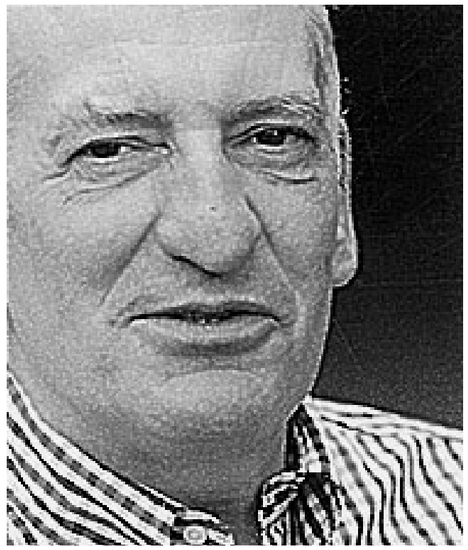
Die Poststellenleiter im Oberwallis sind sauer auf das CVP-Mitglied Edelbert Pfammatter. Als Max Schmid noch Leiter des Postzentrums Brig gewesen sei, habe dieser für den Erhalt des WB als Grosskunde der Post noch gekämpft.

Pfammatter wehrt sich, er habe alles auch nur aus der Zeitung erfahren und er wiegelt ab: *«Die Zahlen welche über den Stellenabbau bei der Post weitergereicht werden, sind viel zu hoch. Die Poststellen verdienen ihr Geld nicht nur mit der Briefpost!»* Darüber können die PöstlerInnen im Oberwallis nur den Kopf schütteln: *«Dass der WB den Service Public unterwandert ist eins, dass uns Pfammatter in den Rücken fällt, hat uns gerade noch gefehlt.»*

Zur schlechten Kommunikation zwischen dem WB und der Post weiss Geschäftsführer Mengis: *«Wir standen seit Mitte Juli in Kontakt mit Edelbert Pfammatter vom Briefzentrum Brig. Die Post in Brig wusste also wie brenzlig die Situation für sie war und hätte ihre Mitarbeiter informieren können.»*

■ Michael B.: Arbeitslos wegen RS
■ Aber niemand will den Ausfall zahlen

Couchepin und Schmid: Betrug an Arbeitslosen!



Bundesrat Couchepin: *Gerechte Lösung verhindert, weil zu teuer!*

SITTEN/BERN – **Der Oberwalliser Michael B. musste in die RS und fand deshalb für sieben Wochen keine Stelle. Trotzdem wurde ihm das Arbeitslosengeld verweigert. Michael B. ist kein Einzelfall. Seit Jahren existiert dieses Problem. Seit Jahren wird es von den Bundesräten Couchepin und Schmid herumgeschoben. Sie sparen auf dem Buckel von jungen Arbeitslosen.**

VON KURT MARTI

Für den 20-jährigen Michael B. ist klar: *«Ich wurde um mein Arbeitslosengeld betrogen.»* Am 10. Februar 2003 musste er in die RS einrücken. Wegen einer Firmenschliessung wurde er auf Mitte Dezember 2002 entlassen und meldete sich beim RAV als arbeitslos. Dort habe man ihm gesagt, er sei wegen der voraussichtlich kurzen Arbeitslosigkeit nicht vermittlungsfähig und brauche deshalb keine Stelle zu suchen. Trotzdem bewarb er sich für zwei offene Stellen. Ohne Erfolg.

Unglaubliche Bocksprünge

Die Arbeitslosenkasse schickte das Dossier an die Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit (DIHA) nach Sitten. Dort kam man zum Schluss: Michael B. ist nicht vermittelbar und hat kein Anrecht auf Arbeitslosengeld. Der zuständige Beamte schiebt zunächst die Verantwortung dem Militärdepartement zu: *«Es stimmt zwar, dass die kurze Verfügbarkeit des Versicherten nicht durch seine Disposition entstanden ist. Gleichwohl wurde von der Dienststelle für Militärwesen des Kantons Wallis eine Disposition für ihn getroffen, welche die Chancen eine Arbeit zu finden auch ohne sein Verschulden auf ein absolutes Minimum setzt. Das RAV hätte keine Chance gehabt, ihn für diese Zeit zu vermitteln.»* Doch dann dreht er wider alle Logik den Spiess gegen den Arbeitslosen: *«Die Bemühungen um Arbeitssuche sind minimal, was nicht auf eine grosse Bereitschaft zum Stellenantritt schliessen lässt.»*

Bonvin Jérôme, Sektionschef beim DIHA, kann verstehen, dass die Leute darüber den Kopf schütteln. Michael B. sei kein Einzelfall. Doch man müsse sich an einen entsprechenden Entscheid des Bundesgerichtes halten und an die Weisungen des Staatssekretariates für Wirtschaft (seco) in Bern. Und dort sitzen auch jene wirtschaftsnahen Köpfe, welche seit einem Jahrzehnt eine Lösung des Problems aktiv verhindern. Bereits in den Jahren 1998 und 1999 reichten verschiedene Nationalräte parlamentarische Vorstösse ein. Im Mai 2000 kam eine Motion der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) zustande, welche verlangte, dass *«dieser offensichtliche Widersinn»* über die Arbeitslosenversicherung (AVIG) oder über die Erwerbsersatzordnung (EO) gelöst werde. Im Februar 2001 bezeichnet die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates die Situation als *«ungerecht»* und zeigte auf, wie das seco und das Militärdepartement das Problem zwischen Arbeitslosenversicherung und Erwerbsersatzordnung hin und her schieben. Auch der Sozialdienst der Armee verweigere sich zu zahlen, mit der Begründung, dafür sei die Arbeitslosenversicherung zuständig.

Um mehrere Tausend Franken betrogen

Gegen den Widerstand des damaligen Volkswirtschaftsministers Pascal Couchepin wird die Motion im März 2001 an den Bundesrat überwiesen. Der Zuger CVP-Nationalrat Peter Bieri hielt als Kommissionssprecher fest, *«dass die Verwaltung den Ball zwischen EO und AVIG hin und her zu schieben versucht.»* Doch Couchepin und das zuständige seco dachten nicht daran, das Problem zu lösen. In der Botschaft zur AVIG-Revision heisst es: Eine Lösung über das AVIG sei nicht praktikabel, weil zu teuer. Vielmehr müsse das Problem vom VBS gelöst werden und zwar über die EO.

Auf Anfrage erklärt der VBS-Sprecher, dass das Problem *«weder über das AVIG noch die EO gelöst ist.»* Man hoffe, dass sich das Problem mit der Armee XXI entschärfe. Das hilft Michael B. wenig. Er wurde von den Bundesräten Couchepin und Schmid um mehrere Tausend Franken betrogen.

Kolumne

Ein Cina-Rufbus ist leider kein Postauto!

VON KURT MARTI

An diesem wunderschönen Juli-Morgen musste ein Dutzend rotgesockter CVP-WählerInnen erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass es eben doch einen Unterschied zwischen einem Rufbus und einem richtigen Postauto gibt. Ein Rufbus kommt nur, wenn man ihn am Vorabend ruft und wenn wenige rufen, dann kommt eben ein kleiner Rufbus und wenn überhaupt niemand ruft, kommt nicht einmal ein Rufbus. So kann es geschehen, dass viele warten, niemand hat gerufen und alle sich ärgern, weil da weder ein Rufbus noch ein Postauto auftaucht.

An diesem schönen Juli-Morgen standen viele Leute an der Postauto-Haltestelle in Ulrichen und warteten auf das Postauto auf den Nufenenpass. Doch es kam ein kleiner Rufbus, weil nur vier Personen am Vorabend gerufen hatten und die anderen aus Gewohnheit annahmen, dass ein Postauto ein Postauto ist und eben kein Rufbus. So konnten zuerst

die Rufer im Kleinbus Platz nehmen und dann kamen die Nicht-Rufer in der Reihenfolge der Ankunft. Es kam wie es kommen musste: Einige Nicht-Rufer fanden trotz Gedränge im Kleinbus keinen Platz und mussten auf die Fahrt auf den Pass verzichten.

Die Nicht-Rufer innerhalb und ausserhalb des Busses liessen ihrem Ärger freien Lauf: Skandal, Frechheit! Früher habe es noch Postautos gegeben, welche gemäss Fahrplan und ohne Reservation gefahren seien. Schöne, gelbe Postautos mit über 50 Sitzplätzen und dazwischen noch Stehplätze, wenn besonders viele auf den Pass wollten. Das waren noch Zeiten!

Ja, da konnte auch ich vorbehaltlos zustimmen. Doch eines musste jetzt ein für alle Mal gesagt sein: «Das ist das Resultat der CVP-Sparpolitik in Bern! Ihr seid selber schuld, wenn ihr Leute wie Nationalrat Jean-Michel Cina nach Bern schickt. Nur die dümmsten Kälber suchen ihre Metzger selber!» Das war starker Tobak! Im Cina-Rufbus machte sich Gemurmel und Unmut über den frechen Wahlschreier breit. *«Die SP wird es schon richten,»* meckerte ein CVP-Rufer sarkastisch. Doch dann kehrte Ruhe ein. Mein Sitznachbar, ebenfalls ein CVP-Rufer, versuchte es mit vorsichtiger Annäherungspolitik und wechselte gekonnt das Thema: *«Heute haben wir wirklich eine herrliche Fernsicht.»* Ja, tatsächlich. Wenn es nur so bleibt bis zu den Wahlen!

Leserbrief

Herr Beat Feller, auch eine freipraktizierende Hebamme ist eine Fachperson!

In der *Roten Anneliese* vom Juli 2003 ist ein Artikel zur Hebammengeburt erschienen, der nicht unwidersprochen bleiben darf. Besonders eine Aussage von Dr. Beat Feller, Chefarzt der Gynäkologie im Kreisspital Brig, ist mir sauer aufgestossen. Dieser behauptet, die Geburt gehöre unter die Leitung von Fachpersonal ins Spital. Als freipraktizierende Hebamme bezeich- ne ich mich selbstverständlich auch als Fachperson, obwohl ich nicht zu einem Spitalteam gehöre. Zudem verweise ich auf die Weltgesundheitsorganisation (WHO), welche die Hebammen als geeignetste Berufsgruppe für die Betreuung der normalen Schwangerschaft und Geburt bezeichnet.

Seit Jahren betreue ich schwangere und gebärende Frauen zu Hause. Eine Hausgeburt wird von der Frauen und deren Partnern als etwas total Natürliches angesehen. In all den Jahren meiner Tätigkeit ist bei den werdenden Eltern nie der Verdacht aufgetaucht, egoistisch zu handeln. Auch kann die Hausgeburt nicht nur einer sozialen Schicht zugeordnet werden. Die Nachfragen kommen von AkademikerInnen wie von LandwirtInnen. Eine Nationalfondsstudie aus dem Jahre 1994 zeigt, dass eine Hausgeburt nicht gefährlicher ist als eine Spitalgeburt. Voraussetzung ist eine normale, komplikationslose Schwangerschaft. Bei einer geplanten Hausgeburt kennt die Schwangere ihre Hebamme schon Wochen vor der Geburt, was eine Vertrauensbasis schafft.

Eine weitere Alternative zur Spitalgeburt ist das Geburtshaus. Auch hier sind ausschliesslich Hebammen an der Geburt beteiligt. Nur im Fall von Komplikationen werden Ärzte hinzugezogen oder die Gebärende wird ins Spital gebracht. Im Geburtshaus in Aigle (VD) gebären auch Frauen aus dem Wallis. Zwischen den beiden Kantonen Waadt

Spital Brig: *Aussage von Chefarzt Beat Feller sind sauer aufgestossen.*

und Wallis besteht eine diesbezügliche Krankenkassenvereinbarung. Leider ist dieses Angebot für die Frauen aus dem Oberwallis wegen der Distanz nicht attraktiv.

Hausgeburten hat es immer schon gegeben und wird es immer geben; solange jedenfalls es kein Gesetz gibt, das den werdenden Eltern verbietet, auszusuchen, wo ihr Kind zur Welt kommen soll.

Ines Lehner, freipraktizierende Hebamme, Steg

Maiensässzonen: Baugesetz bleibt eine Baustelle

Wallis pfeift auf Bundesrecht

SITTEN – **Der Bundesrat hat schon vor Jahren die Walliser Bewilligungspraxis in den Maiensässzonen als bundesrechtswidrig bezeichnet. Nicht die Gemeinden, sondern der Kanton sei gemäss Raumplanungsgesetz für solche Bewilligungen zuständig. Der Walliser Staatsrat und die C-Mehrheit pfeift auf die bundesrätliche Meinung und schwört einmal mehr auf die Gemeindeautonomie.**

VON KURT MARTI

Keine sieben Jahre ist es her, als das Walliser Baugesetz in Kraft trat. In der parlamentarischen Diskussion im Jahre 1995 schworen die schwarzen und gelben Politiker auf die Autonomie der Gemeinden und erteilten grosszügige Kompetenzen. Auch der jetzige Bauchef Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet war dabei. In der Praxis herrschte seither das illegale Chaos, vor allem was das Bauen ausserhalb der Bauzonen anbelangt. Rey-Bellet musste deshalb die Notbremse ziehen und holte Rat bei Professor Jean-Baptiste Zuffrey. Im vergangenen September segnete der Grosse Rat ein revidiertes Gesetz ab, welches bezüglich Baupolizei und Bussen einige Verbesserungen enthält.

«Im Widerspruch zum Bundesrecht»

Von der sakrosankten Gemeindeautonomie allerdings konnte sich die C-Republik in dieser Phase noch nicht trennen. Die Maiensässzonen sollen weiterhin in die Bewilligungskompetenz der Gemeinden fallen. Obwohl der Bundesrat und auch das zuständige Bundesamt für Raumentwicklung ARE der Meinung sind, dass dies dem eidgenössischen Raumplanungsgesetz widerspricht. Bereits 1999 hat der damalige Bundesrat Arnold Koller den Kanton Wallis auf die bundesrechtswidrige Praxis aufmerksam gemacht. Das ARE doppelte in einem Bericht nach: *«Diese Auslegung ist im Widerspruch zum Bundesrecht. Jede Bewilligung ausserhalb der Bauzone, welche nicht von einer kantonalen Stelle erteilt wird, ist ungültig.»*

Susanne Hugo-Lötscher ausgebremst

SP-Fraktionschefin Susanne Hugo-Lötscher hat sich in der 2. Kommission und im Grossen Rat für die bundesrechtskonforme Auslegung gewehrt. Doch sie wurde in der Schlussabstimmung mit 79 zu 13 Stimmen ausgebremst: *«Der Grosse Rat hat die Chance verpasst, einem schweizweit verbreiteten Negativ-Image entgegenzutreten.»* Damit provoziere Staatsrat Rey- Bellet und Consorten einen Bundesgerichtsentscheid. Das Image des Kantons Wallis werde durch eine allfällige staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht sicher nicht besser. Im Kanton Bern hatte dieses Mittel in einem ähnlichen Fall Erfolg: Der Grosse Rat und der Regierungsrat wurden vom Bundesgericht zurückgepfiffen.

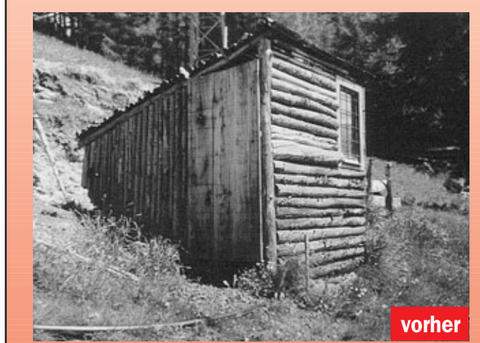
Susanne Hugo-Lötscher: *Ausgebremst*

Illegales Chalet in Saas Grund:
Strafverfahren gegen Bauherr eingeleitet

Im Juli 1997 bewilligte die Gemeinde Saas Grund die Sanierung eines Holzschopfes im Weiler Brunnen. Zwar lag der Holzschopf ausserhalb der Bauzone, aber gemäss Plan sollte das Volumen kleiner als 15 Kubikmeter ausfallen. Deshalb war laut Gesetz die Gemeinde und nicht der Kanton für die Bewilligung zuständig. Aber der Bauherr dachte nicht im Traum daran, die Sanierung plangemäss durchzuführen. Ermutigt durch die vielen illegalen Umbauten im Saastal, ging er ans Werk.

Im Herbst desselben Jahres wurde die Gemeinde von Zeugen darauf hingewiesen, dass aus dem kümmerlichen Holzschopf inzwischen ein kleines Ferienchalet geworden sei. *«Ich habe sofort einen Baustopp verfügt,»* beteuert Gemeindepräsident Georg Anthamatten. Doch die kommunale Verfügung kam bereits zu spät: Der Bau stand kurz vor der Vollendung und der Bauherr führte seelenruhig die fehlenden Mauerarbeiten noch zu Ende.

Weil der Bau die 15m³-Grenze klar übersteigt, reichte Gemeindepräsident Anthamatten das Dossier an die Kantonale Baukommission (KBK) weiter und der Besitzer musste ein nachträgliches Baugesuch einreichen. Sechs Jahre nach der Erstellung des illegalen *«Holzschopfes»* ist laut KBK-Sekretär Eyer der Fall immer noch hängig. Doch die KBK habe *«ein Strafverfahren gegen den Bauherr eingeleitet.»* Dieser müsse mit einer Busse und *«möglicherweise mit einem Abriss rechnen.»*



vorher

nachher

Regionalschule Münster: SchülerInnen machten Stunk
Schulpräsident Elmar Diezig entgleist

«Kartoffelsäcke»

MÜNSTER/GRAFSCHAFT – **Im letzten Schuljahr gab es an der Regionalschule Münster Probleme mit dem Verhalten einiger Schüler. Kein Wunder! Denn der Schulpräsident Elmar Diezig ist nicht besser. Am Abschlusstag bezeichnete er die SchülerInnen als «Härdäpfelsäcke» und als Gemeindepräsident setzt er sich immer wieder über kantonale Vorschriften hinweg. Die RA fragt: Ist eine solcher Schulpräsident noch tragbar?**

VON KURT MARTI

Abschlusstag der Regionalschule Münster im letzten Juni: Nachdem die SchülerInnen ein paar Lieder gesungen haben, ergreift Schuldirektor Silvan Jergen das Wort. Vor versammelter Schüler- und Elternschaft hält er eine Standpauke über das schlechte Betragen der SchülerInnen. Dann tritt Schulpräsident Elmar Diezig ans Rednerpult und behauptet, die Schulkinder hätten gesungen wie *«Härdäpfelsäcke»*. Viele Eltern sind empört, sagen aber nichts. Auf Anfrage verweigert Diezig eine Stellungnahme: *«Dazu nehme ich keine Stellung. Fragen Sie den Schuldirektor Silvan Jergen.»* Schuldirektor Jergen, der gleichzeitig Adjunkt im Erziehungsdepartement ist, hält dazu fest: *«Das ist eine einmalige Entgleisung. Sonst hat sich Diezig nie herablassend gegenüber SchülerInnen geäussert.»*

Schulpräsident Diezig: *«Ich nehme keine Stellung. Fragen sie den Schuldirektor.»*

Silvan Jergen: Peinliche Antworten

Bekanntlich betreibt Diezig in Ritzingen seit Jahren ein illegales Baudepot und hat sich nun erneut gegen kantonale Vorschriften hinweggesetzt (siehe Kasten). Derselbe Diezig steht als Präsident der Regionalschule Münster vor, welche nun mit einem neuen Strafenkatalog gegen das schlechte Betragen der SchülerInnen vorgehen will. Wie passt das zusammen? Ist ein solcher Präsident noch haltbar? Ist seine Vorbildfunktion nicht im Eimer? Dazu Schuldirektor Jergen: *«Ich sehe da keinen Zusammenhang. Wir haben nie darüber gesprochen. Und das ist auch richtig so. Denn Politik gehört nicht hier her.»*

Die RA empfiehlt den Gommer SchülerInnen, die Schulzimmer solange ohne Bewilligung zu besprayen, bis der Schulpräsident sich endlich an die Vorschriften hält. Mal sehen, ob die Gommer Schulkinder das zu Stande bringen, was die Kantonsbeamten und der Walliser Staatsrat bis anhin nicht schaffte beziehungsweise nicht schaffen wollte.

1. Fall: Illegales Baudepot

1999 wurde publik, dass Diezig sein Baudepot in Ritzingen illegal betreibt. Die kantonale Baukommission (KBK) forderte ihn auf, ein nachträgliches Gesuch einzureichen. Ohne Erfolg. Dann verfügte die KBK die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes und drohte mit einer Busse von 50 000 Franken. Diezig reichte Beschwerde beim Staatsrat ein und brachte gleichzeitig ein Umzonungsverfahren in Gang. Der Staatsrat hiess die Beschwerde gut. Das Verfahren ist immer noch hängig. Allerdings verfügte die KBK ein Benutzungsverbot. Doch Diezig nutzt das Baudepot weiter, ohne dass der Kanton das Verbot durchsetzt.

2. Fall: Trottoir zweimal illegal abgesenkt

Mit der Sanierung der Kantonsstrasse erhielt Ritzingen auch ein neues Trottoir. Gleichzeitig baute Diezig eine Doppel-Garage vor seinem Haus direkt an die Kantonsstrasse heran. Der Kanton erteilte dem Gemeindepräsidenten grosszügig eine Ausnahmebewilligung. Doch für Diezig war das nicht genug. Das Dach der Garage (siehe Bild) wollte er zusätzlich als Parkplatz nutzen. Deshalb senkte er das Trottoir vor zwei Jahren auf Strassenniveau ab. Der Kanton zwang Diezig, das Trottoir wieder anzuheben. Was dieser auch tat. Kaum hatte der Kanton das Trottoir abgenommen, fuhr Diezig mit dem Bagger auf und senkte das Trottoir erneut ab. Ignaz Burgener, Sektionschef Strassen Oberwallis, reagierte verärgert: *«Wir finden es einen absoluten Affront gegenüber dem Kanton, dass Sie nach 2 Jahren diese Einfahrt ohne Einhaltung der üblichen Bewilligungsverfahren wieder erstellt haben, zumal Sie als Gemeindepräsident die Verfahren genau kennen.»*

Das erneut abgesenkte Trottoir vor Diezigs Haus in Ritzingen.

3. Fall: Garagenbau mit Fragezeichen

Werner Walther, Mitarbeiter von Diezigs Dibau AG, besass vor dem Dammbau in Selkingen eine kleine Garage mit Werkstatt. Die Garage musste dem Damm weichen, das Grundstück wurde von der Gemeinde expropriert. Nach dem Dammbau reichte Walther bei der KBK ein Baugesuch für einen Ersatzbau ein. Das Gesuch wurde mit klaren Auflagen bewilligt. Wie KBK-Sekretär Bruno Eyer bestätigt, ging bei der KBK eine Beschwerde gegen den Neubau ein. Darin werden folgende Vorwürfe laut: Die Grenzabstände seien nicht eingehalten worden; die Garage sei viel zu gross und nicht wie bewilligt unterirdisch gebaut worden; es handle sich nicht um einen Ersatzbau, sondern um einen zweckentfremdeten Neubau; Diezigs Dibau AG habe mittlerweile die Garage zu über 50 Prozent von Walther abgekauft und nutze diese nun als Baudepot, obwohl das Grundstück früher von der Gemeinde expropriert worden sei. Zur Zeit prüft die KBK diese Vorwürfe.

Harte Vorwürfe gegen den Bau der Garage in Selkingen.

Das Erfolgsrezept heisst investigativer Journalismus

VON FRANK GARBELY

Die *Rote Anneliese* ist dreissig geworden, eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Alle vergleichbaren linken Blätter sind längst eingegangen. Der RA dagegen geht es so gut wie nie. Mehr noch, ihre besten Jahre kommen erst. Die RA-Blattmacher dürfen stolz sein. Sie arbeiteten hart, hatten Spass und machten Geschichte(n). Warum aber waren sie so erfolgreich?

Die ersten Nummern der RA wurden in verrauchten und schlecht geheizten Wohngemeinschaften in Zürich hergestellt. Neue Druckverfahren hatten das Zeitungsmachen inzwischen selbst für bescheidenste Budgets erschwinglich gemacht. Geschrieben und geklebt wurden die Druckvorlagen von linken StundenInnen und Lehrlingen. Sie hatten sich vorgenommen, die gesellschaftlichen Strukturen und Machtverhältnisse im Wallis zu beschreiben. Sie waren überzeugt, ein Offenlegen der gesellschaftlichen Widersprüche würde die allmächtige CVP/CSP wenigsten soweit schwächen, dass daneben eine linke Alternative entstehen kann. Das tönte sehr Theorie-verbrämt, war es aber nicht.

Frank Garbely:
«Journalismus, wie er von der RA vorgelebt wird, gibt es immer weniger.»

- Geboren 1947
- Ehemaliger RA-Macher
- Arbeit für Printmedien und Fernsehen
- Freier Fernsehjournalist, Filmemacher und Buchautor

Selbst eine tote Schwalbe hätte den Frühling gebracht

Die Rechnung ging auf. Die Zeit, muss man beifügen, erwies sich ausgesprochen günstig. Punkto Information war das Wallis ein Notstandsgebiet. Ausser den beiden Lokalpostillen Walliser Volksfreund und Walliser Bote gab es kaum Zeitungen. Die politische Debatte beschränkte sich auf Clan-Fehden von Parteigranden. Und im ideologischen Gebälk krachte es gewaltig. Der Bischof dämmerte irgendwo zwischern Mittelalter und vorkonziliärer Zeitrechnung. Selbst brave Katholiken waren verunsichert. Damals hätte vermutlich selbst eine halb tote Schwalbe schon den Frühling gebracht.

Die ersten RA-Macher waren durchwegs gutgeschulte Marxisten. Doch ihr Zeitungskonzept war von Anfang an mehr zeitgeistig denn marxistisch. Das hatte wohl damit zu tun, dass die damaligen Zeitungen und Schriften der Extremen Linke auf Walliser Verhältnisse nicht übertragbar waren. Zum Glück. Diese nämlich strotzten vor sterilen Debatten über imperialistische Widersprüche und die Hegemonie der Bourgeoisie, über Monopolkapitalismus und Klassenkampf. Das war auch für städtische Leser mehr Murks denn Marx.

Bruch mit dem Verlautbarungs-Journalismus

Die RA dagegen gab sich betont volksnah und bedenkenlos einseitig. Die Helden und Heldinnen ihrer Geschichten waren weder Karl Marx noch Rosa Luxemburg, sondern Arbeiter und Bergbauern. Später immer häufiger gut recherchierte Reportagen, Enthüllungen, die ins Schwarze trafen, fast so oft ins Gelbe. Und die RA-Schreibe orientierte sich stark an der Umgangssprache, war entsprechend farbig, auch derb. Damit übernahm die RA zwei bei uns kaum praktizierte journalistische Konzepte. Sie folgte instinktiv dem journalistischen Zeitgeist.

Das erste Konzept trägt den farblosen Namen «Neuer Journalismus» und kam in den 60er Jahren, zur Zeit der Beat- und Hippiegeneration, in Mode. Die «Neuen Journalisten» brachen mit dem Verlautbarungs-Journalismus, wandten sich radikal ab von der distanzierten, objektiven Berichterstattung. Auch die goldene Regel, nach der Nachricht und Meinung strikt zu trennen sind, hatte für sie keine Gültigkeit mehr. Sie forderten, dass der Journalist gewichtet, urteilt und subjektiv ist. Der Reporter soll sich in die Haut der Menschen versetzen, über die er schreibt, ihre Gefühle und Gedanken übernehmen, auch ihre Sprache, selbst wenn die sich nicht an die herkömmlichen Regeln der Grammatik oder des Anstandes hält. Die Erzählform der Neuen Journalisten war die Story, die, gestrickt wie eine spannende Filmgeschichte, auf einen Höhepunkt zusteuert.

Praxis des investigativen Journalismus

Das zweite Konzept, das sich die RA zu eigen machte: Der investigative Journalismus. Diese viel gerühmte, aber selten praktizierte Gattung verlangt, dass der Journalist aktiv und aufklärerisch ein Gegenwicht zur Macht von Staat und Wirtschaft herstellt. Beide Konzepte setzen zeitaufwendige Recherchen voraus. Natürlich, ohne die erstaunliche Ausdauer und Hartnäckigkeit der RA-Macher, würde es die RA längst nicht mehr geben. Doch ihren Erfolg verdankt sie ohne Zweifel dem gelungenen Versuch, «Neuer Journalismus» und «Investigativer Journalismus» zu verbinden. Und darin liegt auch die grosse Chance für Morgen.

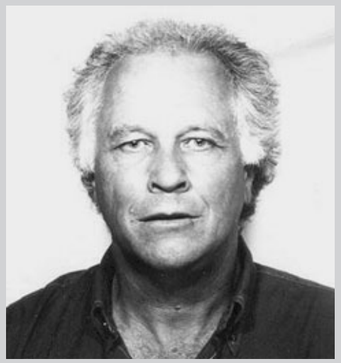
Journalismus, wie er von der RA vorgelebt wird, gibt es immer weniger. Die Entwicklung der Presselandschaft zeigt klar: recherchiert wird immer weniger. Und wenn zur Abwechslung mal tatsächlich recherchiert wird, dann nicht um besser und authentischer zu berichten, sondern um die Auflage zu halten oder die Quote zu steigern. Ob eine Nachricht veröffentlicht wird, darüber entscheidet immer seltener ihr Informationswert, sondern immer häufiger allein ihr Unterhaltungswert.

Zur Bedeutung und der Wirkung der Roten Anneliese

VON STEFAN NIKLAUS

Es war im Herbst 1973. Die Aktionäre der Alusuisse nahmen sich die Lonza in Visp. Diese Übernahme diente als Geburtshelferin der Roten Anneliese. «Für Arbeiter und Angestellte gratis. Für Aktionäre ab Fr. 1.–» hiess es im Editorial der ersten RA, die vom KO, dem «Kritischen Oberwallis», herausgegeben worden ist. Die Karikatur zur Fusion zeigte einen nackten Mann und eine nackte Frau nach beendetem Begattungsakt mit dem Begleittext «Der Alu trägt das Risiko, die Lonza die Folgen». Eine Steilvorlage für die journalistische Zukunft.

Die Bildersprache wählend, frech, dem Recherchierjournalismus verpflichtet, witzig, dem Volke aufs Maul schauend, spottend, nicht zimperlich im Kopieren von pointierten Karikaturen, tabubrechend, den Mächtigen und ihren Wasserträgern an den Karren fahrend, setzte die RA einen neuen Massstab für die politische Auseinandersetzung. Wie und was gutbetuchte Ärzte, Notare und Unternehmer in Brig, Naters und Visp verdienten, wurde schonungslos mit Steuerzahlen belegt und dargestellt. Was die Mehrheit mit Staunen zur Kenntnis nahm und bei einer Minderheit für hitzige Köpfe sorgte, basierte auf dem politischen Credo, dass der Hauptwiderspruch in unserer Gesellschaft in der ungerechten Verteilung des gesellschaftlich erarbeiten Reichtums besteht.



Stefan Niklaus

- Geboren 1949
- Gründungsmitglied Kritisches Oberwallis
- Rote Anneliese-Macher
- Grossratsuppleant 1973 – 1977
- Studium der Soziologie und Psychologie, lic. phil.-Abschluss
- seit 1978 in Basel wohnhaft
- Geschäftsführer einer suchttherapeutischen und Suchtpräventions-Institution

Rote Anneliese stellte die soziale Frage

Die RA diente als Plattform, politische Überlegungen zur Verteilungsfrage in bisher für Oberwalliser Verhältnisse nicht bekannten Facetten aufzuarbeiten. Neben Forderungen nach einer Volkspension und einer lohnabhängigen Krankenkasse, fragte die RA auch, wo die Steuern hinfliessen und verwies auf einen weiteren dem kapitalistischen Wirtschaftssytem zu Grunde liegenden Konflikt: dem Konflikt von Zentrum und Peripherie. Bergregionen wie das Wallis treten an Zentrumsregionen verhältnismässig mehr Leistungen ab, als sie von ihnen erhalten. Damit eine solche Schieflage funktioniert, arbeiteten Militär, örtlicher Klerus, lokale Wasserträger diskreter Wirtschaftsbosse und regionale Politiker, vielfach in Personalunion, wie geschmiert zusammen. Solche Verhältnisse aufzudecken, war und ist das Verdienst der RA.

Ohne die Rote Anneliese wäre das «andere Wallis» weiterhin stumm und namenlos geblieben. Hand aufs Herz, hätten Sie gewusst, wer Adeline Favre oder Clovis Lugon waren, oder hätte Ihnen etwa die langweilige, auf vorauseilenden Gehorsam bedachte Walliserpresse Persönlichkeiten wie Karl Dellberg oder Maurice Chappaz näher gebracht? Mit der publizistischen Darstellung der Walliser Geschichte, in der Frauen als geschichtliche Subjekte, Streiks gegen haarsträubende Ausbeutungsverhältnisse, unheimliche Patrioten und Verbindungen wichtiger Walliser Persönlichkeiten zu führenden Faschisten ihren Platz fanden, reihte sich die RA in die Tradition der Aufklärung.

Kritik an den Säulenheiligen im eigenen Lager

In den Jahren 1977/78 stimmte das Oberwallis nach dem Motto der RA «Jetzt längs, jetzt links» fast für eine Reichtumssteuer (47.1%), gegen die beiden Sparpakete des sozialdemokratischen Bundesrates Ritschard und sprach sich mit 63.1% gegen eine Bundessicherheitspolizei aus. Es ist die Zeit, in der deutlich wird, dass die RA das aufgebaute Sprungbrett für die Polit-Karriere von Peter Bodenmann ist. Nicht zuletzt der RA wegen ist Peter Bodenmann ins nationale Parlament gewählt worden und später als erster Sozialdemokrat in die Walliser Regierung eingezogen.

Das Mitmachen bei der RA war Bildungsarbeit, sinn- und lustvolle Freizeitbeschäftigung, praktizierte Jugendkultur mit einem hohen Grad an Selbstverwirklichung, Abenteuer, ein ausgezeichnetes Lernfeld für Teamarbeit, Krisenmanagement und Freundschaftspflege. Es herrschte eine Lernkultur in der zeitweise die Trennung von Planen, Schreiben, Layouten und das Absetzen der Zeitung an die Leserschaft aufgehoben war. Die tragende Männerkultur der RA machte es Frauen schwer, sich zu profilieren. Ein Wermutstropfen! Das Machen der RA geschah in einer von Hektik, aber auch lässigen von Humor und Lachen begleiteten Atmosphäre, die zum einen Ausgangspunkt war für einige spontane politischen Aktionen und zum anderen direkt zum Flipperkasten in Amandas Restaurant «Café Schiissdräck» führte.

Kompliment an eine Rote Anneliese, die es nach wie vor wagt, Säulenheilige aus dem eigenen Lager zu kritisieren und sich nicht scheut, auch die Sozialdemokratischen Partei ins Visier zu nehmen. Eine Partei, die sich in den letzten Jahren als verkommener linker Flügel der Freisinnigen Partei gebärdet und dabei ignoriert, dass die Verteilungsfrage nach wie vor die zentrale gesellschaftspolitische Frage ist und sich die Qualität der Demokratie nur an der Lösung dieser Frage messen lässt. In diesem Sinne wünsche ich der Roten Anneliese einen langen Schnauf, und dass sie sich, von wem auch immer, nicht zähmen lässt.

Pablo Neruda
Ich bekenne, ich habe gelebt

Pablo Neruda ist ein naturverbundener chilenischer Dichter und Demokrat. Wie mit der harten, kargen Landschaft lebt er mit der Literatur von frühesten Tagen an sehr intensiv. Er ist ungemein schöpferisch und einer der belesensten Dichter. In der Jugendzeit ist seine Dichtung von zerrissenen Gefühlen und von psychischer Spannung geprägt. Die Konfrontation mit dem spanischen Bürgerkrieg und die Ermordung seines Dichterfreundes, Federico Garcia Lorca, politisieren den jungen Dichter. 1971 erhält er den Literaturnobelpreis. Nur wenige Tage nach dem Putsch in Chile stirbt der Verfasser des «Grossen Gesanges» - aus Verbitterung über den Tod seines Freundes und Präsidenten Salvador Allende.

VON HILAR EGGEL

Salvador Allende (l) zu Pablo Neruda (r): «In Nerudas Dichtung ist ganz Chile gegenwärtig, mit seinen Flüssen und Bergen, dem ewigen Schnee und den glutheissen Wüsten. Über alle Dinge aber stellt er den Menschen, den Mann und die Frau. Darum ist seine Dichtung die Liebe und der soziale Kampf.»

Pablo Neruda wurde 1904 als Sohn eines Lokomotivführers im Süden von Chile geboren. Sein Geburtsname ist Neftali Reyes Basoalto, Neruda sein Pseudonym. Schwermut und Einsamkeit prägen während seiner Jugendzeit sein inneres Leben und sein schöpferisches Schaffen. Schon als Knabe fühlt er sich zum Schriftsteller berufen. Er ist überzeugt, dass das Leben ihn zur Dichtung bestimmt hat. Die fast täglichen Sintflutregen mit ihrer harten Melodie und später das Rauschen des Meeres werden für ihn zum Symbol der Traurigkeit: «der Süden ist ein von Wassern verschlungenes Ross... von Schweigen umringt und Wurzeln.»

Seine Mutter stirbt bald nach seiner Geburt. Das Kind kommt in die Obhut des Grossvaters und verbringt eine einsame Zeit. Schweigsam sind die Menschen des Südens, wortkarg, herb. Mit fünf Jahren kommt er zu seinem Vater und begleitet ihn auf dessen Fahrten mit dem Lastzug in ein anderes Schweigen, das der riesigen Wälder Chiles. Sein Dasein wird von dieser Einsamkeit durchtränkt und bestimmt. Sein dichterisches Schaffen ist Ausdruck eines Menschen, der der Einsamkeit entfliehen will.

«Spanien im Herzen»

1936 wird Neruda Konsul in Madrid. Der spanische Bürgerkrieg konfrontiert ihn mit einer neuen gesellschaftlichen Realität: dem Faschismus. Sein bester Freund, der Dichter Federico Garcia Lorca, den er Jahre zuvor in Buenos Aires kennengelernt hat, wird von den Faschisten ermordet. Im harten Licht des Bürgerkrieges erkennt er, dass das gesellschaftliche Leben nicht nur naturgegeben, sondern auch Geschichte ist, die von Menschen geprägt wird. In den Tagen des Aufstandes und des Bürgerkrieges steht er plötzlich mitten im historischen Geschehen. Mit seiner Dichtung greift er aktiv in den Kampf ein. Überall im Land hält er Vorträge über seinen ermordeten Freund und Dichter Garcia Lorca. Er schreibt darüber in zahlreichen Zeitschriften und widmet sich leidenschaftlich der Aufgabe, die gerechte Sache des spanischen Freiheitskampfes in der Welt bekanntzumachen. In dieser Zeit leitet er auch die internationale Zeitschrift «Die Dichter der Welt verteidigen das spanische Volk».

Der dichterische Niederschlag des Umschwungs im Leben Nerudas wird im Werk «Spanien im Herzen» deutlich sichtbar. Zorn, Abscheu, Anklage und Aufruf zur Befreiung kommt in seinen Gedichten zum Ausdruck. In Metaphern denunziert er die Verbrechen hart, voll dramatischer Dichte, voll im Ernst und mit Hoffnung. An das kämpferische spanische Volk gewandt, schreibt er: «... dein entscheidender Stern schlägt seine rauhen Strahlen tief in den Tod: und er gründet die neuen Augen der Hoffnung».

Chile als Asylland spanischer Flüchtlinge

1937 verlässt er Madrid und fährt nach Paris, um sich dort für die spanische Republik einzusetzen. Wegen seines Bekenntnisses und Handelns für die Freiheitskämpfer wird er schliesslich von der chilenischen Regierung des Konsularpostens enthoben. Im September 1937 reist er wieder nach Chile zurück und gründet dort die chilenische Sektion der Allianz «Bündnis der Intellektuellen zur Verteidigung der Kultur». Chiles neugewählte, dem Dichter freundlich gesonnene Regierung vertraut ihm im März 1939 die Aufgabe an, republikanische Spanier, die nach der Niederlage nach Frankreich geflüchtet waren, aus den Lagern ins Asylland Chile zu bringen. Neruda gelingt es, rund 3000 Flüchtlinge, unter ihnen viele Schriftsteller und Intellektuelle, zu retten.

Der «Grosse Gesang»

Im Oktober 1943 besucht er die vorinkaische Ruinenstadt Macchu Picchu im Hochland von Peru. Angesichts dieser versunkenen historischen Welt erlebt er eine Erschütterung, vergleichbar mit derjenigen im Spanischen Krieg. Zwei Jahre später veröffentlicht er die Gedichte «Die Höhen von Macchu Picchu» ie in seinem «rossen Gesang» eine Schlüsselstellung einnehmen. Die Allgegenwärtigkeit des Todes im Leben eines Men-

Pablo Neruda war ungemein schöpferisch und einer der belesensten Dichter.

schen und zugleich die Erkenntnis, dass der individuelle Tod im Leben der Gemeinsamkeit seine Tragik verliert, wird in den Gedichten besungen.

Im Jahr 1947 wird in Chile die Kommunistische Partei verboten und ihre Mitglieder werden unter politische Verfolgung gestellt. Auf Neruda wird ein Kopfgeld ausgesetzt Er muss sich verbergen und irrt durch das ganze Land. Von Freunden und Armen wird er aufgenommen und geschützt. Auf dieser ständigen Flucht schreibt er im Jahr 1948 bis zum Februar 1949 den «Grossen Gesang» zuende, gut zwei Drittel des 342 Gedichte umfassenden Werks.

Verleihung des Literaturnobelpreises

Auf den Literaturnobelpreis musste Neruda lange warten. Immer wieder wurde sein Namen genannt, erhalten hat er den Nobelpreis erst im Jahr 1971. Bei der Verleihung würdigte man ihn «für eine Poesie, die mit der Wirkung einer Naturkraft Schicksal und Träume eines Weltteils lebendig macht.» In seiner Rede am 13. Dezember 1971 erklärte Neruda: «Jeder einzelne meiner Verse wollte hingestellt sein als handgreiflicher Gegenstand: jedes einzelne meiner Gedichte hatte die Absicht, ein nützliches Werkzeug zu werden.» Und seine Tätigkeit innerhalb der Gesellschaft und vor dem Leben begriff er als ein «parteiisches Handeln». «Auf dem Schauplatz der Kämpfe Amerikas gestellt, begriff ich, dass es meine menschliche Aufgabe war, mich der breiten Masse des organisierten Volkes anzuschliessen, mich ihr anzuschliessen mit Leib und Seele, mit Leidenschaft und Hoffnung; denn nur diese gewaltige Sturzflut kann die Wandlungen bewirken, die wir brauchen, wir, die Schriftsteller und die Völker.»

Aktiver Politiker

In der letzten Phase seines dichterischen Lebens befasst er sich mit der «chilenischen Revolution», mit ihren Voraussetzungen und ihren unseligen Folgen. Texte wie «Das Buch der Fragen» oder «Beben des Meeres» erscheinen. Der Dichter hat die geschichtliche Entwicklung vorausgeahnt: Aufbau einer Demokratie und nachfolgender Militärputsch.
Neruda greift aktiv in die chilenische Politik ein. Im Jahr 1969 wird er zum Präsidentschaftskandidaten der Kommunistischen Partei Chiles ernannt. Als sich eine Volksfront bildet und Salvador Allende als Präsidentschaftskandidat aufgestellt wird, zieht er seine Kandidatur zurück. Nach dem Sieg der Volksfront wird er zum Botschafter in Paris ernannt.
Mit dem Präsidenten Allende verband ihn eine tiefe Freundschaft. Er war überzeugt, dass auf der Seite der chilenischen Revolution «Verfassung und Gesetz, die Demokratie und die Hoffnung» stehen. Am 11. September 1973 putschten die Militärs unter Pinochet. Das demokratische System wurde zerschlagen. Dazu Neruda: «Ich schreibe diese raschen Zeilen...drei Tage nach den empörenden Ereignissen, die zum Tod meines grossen Gefährten, des Präsidenten Allende, führten.»
Aus Verbitterung und Enttäuschung über den Putsch und den Tod seines engen Freundes starb der grosse Lyriker und Dichter am 23. September 1973. Heuchler Pinochet ordnete eine dreitägige Staatstrauer an, während seine Soldaten die Bücher Neruda verbrannten und sein Haus zerstörten. Das Begräbnis Nerudas wurde zu einer Kundgebung, an der Trauer und Wut sich äusserten.

Hilar Eggel

Totgeschrieben und totgeschwiegen

In der Mitte der September-Wochen wurden uns zwei Persönlichkeiten in Erinnerung gerufen. Der eine war Theodor W. Adorno: Philosoph und Mitbegründer der Kritischen Theorie. In den Medien konnte man lesen, dass er am 11. September den 100. Geburtstag hätte feiern können. Zuerst einmal war ich erstaunt, wieviele Beiträge in den verschiedensten Zeitungen erschienen sind. Nicht nur in der NZZ, sondern auch in der Basler-Zeitung, dem Bund, in der Luzerner Zeitung, dem Walliser Boten und – in weiteren bürgerlichem Medien – wurde der Philosoph mit Lob überschüttet. Auf einmal waren die Journalisten zu Philosophen geworden. Die Philosophen Max Horkheimer und Herbert Marcuse, immerhin Mitbegründer der Kritischen Theorie, wurden weitgehend vergessen. Man lobhudelte den doch etwas elitären Professor Adorno, von dem selbst Experten sagen, dass seine Schriften schwierig zu entziffern seien. Einige Journalisten gingen sogar soweit, im Oberwallis Recherchen durchzuführen, ob er nun in Kalpetran oder Visp einem Herzinfarkt erlegen sei oder in welchen Schuhgeschäft er nun welche Wanderschuhe in welcher Grösse und Farbe gekauft haben soll. Jedenfalls wurden Seiten gefüllt und die Leser oder Leserinnen konnten sich fragen, was denn nun an der «Kritischen Theorie» so kritisch sei.

Über einen anderen wurde nicht sehr viel geschrieben. Vielmehr wurde er totgeschwiegen. Der chilenische Dichter und Poet schien in Vergessenheit geraten zu sein. Vor 30 Jahren war er – nur wenige Tage nach dem Putsch in Chile – am 23. September in Santiago gestorben. Der wortgewaltige Poet verstummte in den Medien. In den 70er Jahren war dies noch anders gewesen: Die Medien brachten nicht nur Beiträge über lateinamerikanische Dichter und Schriftsteller, sondern auch über die politische Situation in den verschiedenen lateinamerikanischen Staaten. Heute scheint es ruhiger geworden zu sein. In Chile hat sich seit dem Putsch zwar nicht sehr viel geändert und der ehemalige General Pinochet geistert immer noch in den Köpfen herum, doch die Aktualität ist in den Hintergrund getreten. Heutzutage bestimmen andere Themen und Regionen den Medienrummel. Doch totschreiben wie auch totschweigen sind Schreibmuster, die letztlich in eine Sackgasse führen.

Wohin frau/man geht

KELLERTHEATER BRIG

Freitag, 3. Oktober, 20.30 Uhr
Italian Swing
Musik aus den 50er Jahren

Samstag, 11. Oktober, 20.30 Uhr
Die wilden Milben: «Ja oder Ja?»
mit Nicole Zenklusen aus Naters
und Myriam Spörri.

Freitag, 17. Oktober, 20.30 Uhr
Peter Schärli: «Triple Vision»
Jazz der ganz besonderen Art

Sonntag, 26. Oktober, 10.30 Uhr
Matinee
Musik zwischen Spiel und Fantasie

Samstag, 8. November, 20.30 Uhr
Voie sensible:
«La musique, ce regarde»
Zwischen Chanson und Jazz.

Samstag, 15. November, 20.30 Uhr
Urs Bihler: «Der Geliebte der Mutter»
von Urs Widmer

Freitag, 21. November, 20.30 Uhr
Tangente
Ein theatralisches Konzert

Freitag, 28. November, 20-30 Uhr
Nibelungen
Erzähltheater mit Bea von Malchus

Sonntag, 30. November, 17.00 Uhr
Mittwoch, 3. Dezember, 14.00 Uhr
«Di Kleopatra isch ab»
Puppentheater Balschindro

Freitag, 5. Dezember, 20.30 Uhr
Eliane Amherd
musikalische Anekdoten aus New York, der Schweiz und Brasilien

Mittwoch, 31. Dezember, 23.00 Uhr
«Dinner for one»
oder der 90. Geburtstag
Der Fernsehklassiker mit Kultstatus live auf der Bühne

Freitag, 9. Januar, 20.30 Uhr
Aabesiz: «En Booze-Gschicht?»
‹Gioco› erzählt geheimnisvoll von guten und bösen Geistern

Infos unter: www.kellertheater.ch

Umwelt-Agenda

Montag, 6. Oktober, 19.00 Uhr, Bahnhofbuffet Brig
Vortrag: «Ökostrom als sinnvolle Alternative»
von Paul Fux

Samstag – Sonntag, 18.–19. Okt.
Exkursion: Zweitägiges Beobachtungsweekend im Fanel

Donnerstag, 6. November, 19.00 Uhr, Bahnhofbuffet Brig
Vortrag:
«Arzneimittel vom Reissbrett»
von Prof. Gerd Folkers

Samstag, 15. November, 8.30 Uhr, Bahnhof Raron
Halbtägige Winterexkursion: «Raron – Niedergesteln»

Mittwoch, 26. November, 19.00 Uhr, Bahnhofbuffet Brig
Vortrag: «Unsere Landschaft – über Ein- und Aussichten»
von Gerhard Schmidt

Samstag, 6. Dezember, 7.00 Uhr, Bahnhof Brig
Wildbeobachtung
unter der Führung des Wildhüters und Wildbiologen Urs Zimmermann

Nähere Informationen & Anmeldung:
Oberwalliser Umweltsekretariat
Tel. 027 923 61 62

Wahlfest der SP

Sonntag, 19. Oktober, ab 14.00 Uhr

Wahlfest der SP, der JUSO und der Gewerkschaften im Restaurant Simplon in Naters.

2. Oktober, 9. Oktober, 30. Oktober 6. November, 13. November um 18.45 Uhr im Kino Capitol in Brig

WWF Oberwallis und Nord-Süd Dialog präsentieren zum Internationalen Jahr des Wassers 2003

«Wasserfilme»

- Reise zur Sonne, von Yesim Ustaoglu, Türkei 1999, 104 Min., Untertitel d/f
- Prix du Pardon, von Mansour Sora-Wade, Senegal 2002, 91 Min., Untertitel d/f
- Elsewhere, von Nikolaus Geyrhalter, Österreich 2002, 80 Min., Untertitel d/f
- Das Reisfeld, von Rithy Panh, Kambotscha 1994, 125 Min., Untertitel d/f
- Special Guest…

Gemeinschaftsaktion von WWF und Radio Rottu Oberwallis

Vortragsreihe WWF Oberwallis «Grün gewinnt»

Die letzte Ölkrise und danach – Der Beschaffungsstress der Öljunkies

von und mit Rudolf Rechsteiner, SP-Nationalrat, Ökonom und Dozent für Praktische Umweltpolitik an der Uni Basel. Frühjahr 2004 (Datum und Ort werden noch bekannt gegeben)

WIDERSPRUCH
Beiträge zu sozialistischer Politik
44

Feminismus, Gender, Geschlecht

Geschlechterpolitik im Neoliberalismus; Gender Mainstreaming und Gleichstellung; Finanzpolitik und Gender Budget; Frauenrechte und Vereinte Nationen; Feministische Gewerkschaftspolitik, Lohnungleichheit, Sozialversicherung; Frauenhandel und Freier-Markt

St. Jegher, S. Schunter-Kleemann, M. Madörin, B. Nohr, K. Pühl, C. Michel, F. Vattolo, N. Imboden, Th. Wüthrich, S. Kappeler

Diskussion

F. Haug: Geschlechterverhältnisse
A. Maihofer: Frauen- oder Geschlechterforschung?
P. Purtschert: Zur Debatte um Judith Butler
T. Soiland: Irigaray mit Marx lesen
C. von Werlhof: Schein-Macht des Patriarchats

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

23. Jg./1. Halbjahr 2003 Fr. 25.– / € 16.–

WIDERSPRUCH
Postfach
CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 (0)1 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch

Dicke Eier

Botschafter Loretan: Hello!

Der ehemalige CVP-Generalsekretär Raymond Loretan tingelt um die Welt. Einmal war er im Osten und jetzt im Westen. Botschafter Loretan lässt die LeserInnen der rro-Website wissen, dass in New York am 11. September 2001 mehr als 3 000 Menschen ums Leben kamen! Seither habe sich die Lage in New York wieder normalisert. Zwar seien die Sicherheitskontrollen extrem, aber die New Yorker würden diese bereitwillig akzeptieren. Und auch die Solidarität unter der Bevölkerung sei immer vorhanden. Guten Morgen, Herr Botschafter Loretan und danke für die heissen News. Übrigens, wie geht es der Freiheitsstatue? Und in der Bronx, ist es da immer noch so wild? Auf bald!

Fernunterrichtszentren: Fragezeichen

Bildungsexperte Jean-Marie Schmid verteidigt im WB die Fernuniversität Brig, welche «tipptopp» funktioniere und Arbeitsplätze schaffe. Der Kanton habe nun keine Ausrede mehr. Leider hat Schmid verschwiegen, warum er eine halbe WB-Seite in Anspruch nahm. Der Grund liegt offenbar im Bericht des Finanzinspektorates (FI) zu den Fernunterichtszentren in Brig und Siders. Das FI stellt fest, dass die Zentren vom Kanton mit jährlich 350 000 Franken unterstützt werden. Obwohl die Zentren nur vom Kanton Wallis subventioniert werden betrage der Anteil der Walliser StudentInnen nur 21 Prozent (247 Walliser auf 1167 Studierende). Aufgrund dieser Zahlen forderte das FI den Staatsrat auf, zu überprüfen, *«ob gegebenenfalls Massnahmen zu treffen sind.»* Noch schlechter ist übrigens der Walliser Anteil beim Unterwalliser «Institut Kurt Bösch». Die Kantonssubventionen liegen bei 600 000 Franken und der Anteil der Walliser SchülerInnen bei bloss 13 Prozent. Weder der Bund noch andere Kantone jedoch zahlen an das Institut. Auch hier fordert das FI eine Überprüfung und *«allfällige Massnahmen».*

Erdgas und EWBN: Geschichtsfälschung!

Das hat aber lange gedauert bis jetzt das Elektrizitätswerk Brig-Naters (EWBN) aufs Erdgas gekommen ist. EWBN-Präsident Rolf Escher ist plötzlich Feuer und Flamme. Der WB behauptet, verschiedene Studien hätten bisher das Erdgas auf die lange Bank geschoben. Das ist nicht ganz richtig, denn die beiden Studien in den Jahren 1988 und 1993 plädierten eindeutig für das Erdgas. Gewehrt gegen die Erdgasleitung hat sich unter anderen Stadtpräsident Rolf Escher. Jetzt sollen die armen Studien Schuld sein. Das ist Geschichtsfälschung.

Franziska Schmid: Für Wolf und gegen Arbeitslose

Franziska Schmid, die Nationalratskandidatin der Jung-CVPO, präsentiert eine ganz neue Meinungskombination. Sie hat ein Herz für Wölfe und kein Herz für Arbeitslose. Sie ist für die Rückkehr der Grossraubtiere und für die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes. Mit diesem jugendlichen Mut zum doppelten Risiko wird sie es im Oberwallis nicht leicht haben.

Escher-Bayard gegen Schmidhalter-Bodenmann

Neben der alten Seilschaft Peter Bodenmann/Paul Schmidhalter hat sich in der Neat-Lärmfrage eine neue Seilschaft gebildet: CVP-Ständerat Rolf Escher und Paul-Bernhard Bayard, der neue und der alte Präsident der Vereinigung Oberwalliser Verkehr und Tourismus (VOV). Anlässlich der Amtsübergabe rühmte Escher den Betreibungsbeamten Bayard, gegen den ein Untersuchungsverfahren in Sachen Conti Neri läuft, als «stets offen, direkt und liberal.» Zuvor war Bayard dem ehemaligen CVP-Nationalrat Paul Schmidhalter in der NEAT-Lärmfrage hart an den Karren gefahren. In einem WB-Leserbrief doppelte Escher in Richtung Bodenmann-Schmidhalter nach: *«Hysterischer und utopischer Aktivismus bringt nichts ausser Verzögerungen beim Bau der Lärmschutzmassnahmen.»*

Wahlpodium: Fade Suppe

Am Wahlpodium in der Simplonhalle gab der Radiojournalist Patrick Wülser offen sein Bekenntnis zum Amtsblattjournalismus: *«Unsere Aufgabe ist es zu berichten und nicht zu kritisieren.»* Seine Kollegin Marie-Theres Karlen gab gleich ein Muster, wie das gemeint ist: Statt die Kandidaten mit kritischen Fragen aus dem Busch zu klopfen, las sie ihnen die Horoskope vor. Infotainement nennt man diese Art Journalismus, welche vom regionalen Radio ausgezeichnet praktiziert wird. Doch eines vergessen die RadioftitzInnen: Ohne Salz und Pfeffer bleibt die Suppe fade und die Leute zu Hause.

Gsponer: Salto mortale

CSPO-Nationalratskandidat Thomas Gsponer ist wie sein Dachverband economiesuisse für die Zerschlagung des Service Public bei der Post und für massive Steuersenkungen. Wieso er dieses Credo ausgerechnet an der Eröffnungsfeier des neuen Dienstleistungs- und Innovationszentrums (DIZ) in Obergesteln zu äussern wagte, bleibt bis heute schleierhaft. Denn das DIZ, wo auch die Post einquartiert ist, wurde von der öffentlichen Hand bezahlt und der Pöstler wird gemäss Ausführungen von CSPO-Gemeindepräsident Hans Hallenbarter ein Angestellter der Gemeinde. Im Klartext: Gsponers Politik führt dazu, dass die Gemeinden in den Bergregionen immer mehr Geld für alle möglichen Aufgaben in die Hand nehmen müssen. Gleichzeitig propagiert Gsponer Steuersenkungen für die Reichen und leert damit die Kassen bei Bund, Kanton und Gemeinden. Diesen Salto mortale macht ihm keiner nach.

☐ **Ich bestelle die «RA»**
☐ **Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)**
☐ **Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis (Fr. 20.–)**

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax 027 923 69 71

Zi-Täter

«Aber im Gegensatz zu den 29 Bergtoten in diesem Sommer erfreue ich mich guter Gesundheit.»
Pius Rieder

Rote Anneliese: ***Die 29 Bergtoten leiden derzeit an einer starken Grippe und müssen leider das Grab hüten.***

«Ich lasse mir nichts in die Schuhe schieben, deshalb stehe ich in Socken am Rednerpult.»
Louis Ursprung an der OGA-Eröffnung

Rote Anneliese: ***Ohne Schuhe wird er aber bald kalte Füsse bekommen...***

«So denkt Peter Bodenmann, der inzwischen vom Politiker zum raffinierten Touristiker geworden ist. Ich teile seine Meinung uneingeschränkt.»
Art Furrer

Rote Anneliese: ***Und wie denkt Art Furrer?***

«Um etwas zu erreichen, muss man sich manchmal mit dem Teufel zusammentun.»
Paul Schmidhalter über seine Seilschaft mit Bodenmann

Rote Anneliese: ***Hoffentlich wird es den armen Teufeln in der Hölle nicht zu heiss.***

■ Ehemalige Chefärzte wurden nicht eingeladen
■ Maulkorb für SP-Staatsrat Thomas Burgener

Beat Mutter: Wie lange noch?

BRIG-GLIS – **Das Briger Kreisspital und das Psychiatrie Zentrum Oberwallis (PZO) feierten ihren 25. Geburtstag. Wieder stiess der CVP-dominierte Verwaltungsrat unter dem Präsidium von Beat Mutter alle vor den Kopf. SP-Staatsrat Thomas Burgener bekam einen Maulkorb verpasst und zwei ehemalige Chefärzte wurden zu den Feierlichkeiten erst gar nicht eingeladen.**

VON CYRILL PINTO

Die CVP-Polit-Posse am Oberwalliser Kreisspital Brig geht in eine weitere Runde. Im Zusammenhang mit dem Jubiläum des Briger Kreisspitals und des PZO fällte der CVP-dominierte Verwaltungsrat unter dem Präsidium von Beat Mutter den Entscheid, die beiden ehemaligen Chefärzte des PZO, Gottlieb Guntern und Leo Anthenien, nicht zu den Feierlichkeiten einzuladen. Eine Frechheit! Schon ihre Tätigkeit am PZO sei vom Spital-Verwaltungsrat zuwenig gewürdigt worden, meint Leo Anthenien gegenüber der RA. Der Gesundheitsminister Thomas Burgener wurde zwar eingeladen aber war ausdrücklich nicht als Redner erwünscht. Fadenscheinige Begründung: Man wolle den Anlass nicht verpolitisieren.

Amherd und Nanzer: Schweigende Statistinnen

Schon im Mai 2002 fragte die RA: *«Wann nimmt Beat Mutter endlich den Hut?»* Der wegrationalisierte Direktor der Walliser Kantonalbank in Brig schaffte es innerhalb von wenigen Jahren die Ärzteschaft und die Direktion zu vergraulen. Es begann mit der Wahl von Hugo Burgener zum Spitaldirektor. Obwohl sich eine Mehrheit der Ärzte für Reinhard Venetz, den ehemaligen Finanzchef des Spitals, ausgesprochen hatten, wählte der schwarze Verwaltungsrat den ehemaligen Natischer CVP-Präsidenten Hugo Burgener zum neuen Direktor. Reihenweise verliessen Führungskräfte und Chefärzte das Briger Spital. Zuerst ging Walter Borter der ehemalige Direktor. Auf Borter folgte Leo Anthenien, welcher nun in der Deutschschweiz tätig ist. Auch Finanzchef Reinhard Venetz verliess das Spital Brig und zuletzt wurde in einer internen Wahl ein Chefarzt kaltgestellt. Von einem Oberwalliser Gemeindepräsidenten erfuhr die RA über den Führungsstil Mutters: *«Wenn man etwas kaputt machen will, wählt man am besten Beat Mutter zum Verwaltungsratspräsidenten.»*

Neben Mutter sitzen auch die beiden CVP-Gemeindepräsidentinnen Viola Amherd und Edith Nanzer im Verwaltunngsrat. Doch die beiden C-Politikerinnen spielen im Spitaltheater die schweigenden Statistinnen und lassen sich lieber anlässlich der Feierlichkeiten für den WB ablichten.

Thomas Burgener: *Maulkorb!*

Leo Anthenien: *Nicht eingeladen!*

Gottlieb Guntern: *Nicht eingeladen!*

Der heitere Schluss

CVP-Ständerat Rolf Escher, der Präsident des Oberwalliser Pressevereins, mit Paul-Bernhard Bayard, einem der zukünftigen WB-Zeitungsverträger...

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig · Nr. 179 / Oktober 2003
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis